

Erscheinungen des Rechtsextremismus und Nationalismus in Litauen

Paulauskas, Vytutas

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Paulauskas, V. (1996). *Erscheinungen des Rechtsextremismus und Nationalismus in Litauen*. (Berichte / BIOst, 21-1996). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-42432>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1996 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0435-7183

Inhalt

Seite

Kurzfassung

.....
4

1. Einleitung

.....
8

2. Parteienlandschaft

.....
11

3. Rechtsradikale und rechte Parteien

.....
14

4. Das Problem des Antisemitismus

.....
16

5. Charakteristische Merkmale des politischen Lebens in Litauen

.....
24

6. Stimmen zu territorialen Problemen

.....
26

7. Radikalismus in den militärischen und paramilitärischen Strukturen

.....
28

8. Schlußfolgerungen und Prognosen

.....
32

Summary

.....
35

15. Januar 1996

Dieser Bericht ist aus einem Forschungsauftrag des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien hervorgegangen.

Der Verfasser dieses Berichts ist als freier Journalist in Vilnius tätig.

Redaktion: Dieter Bingen

Vytautas Paulauskas

Erscheinungen des Rechtsextremismus und Nationalismus in Litauen

Bericht des BIOst Nr. 21/1996

Kurzfassung

Vorbemerkung

Das Thema des Berichts ist aktuell, weil sich in Litauen wie auch in den anderen Reformstaaten, besonders in denen, die die Unabhängigkeit erst vor kurzem gewonnen haben, die Gesellschaften teilweise radikalisiert haben. Dabei wurden linker Radikalismus und Extremismus in den Massenmedien und in der Öffentlichkeit ebenso stark angegriffen wie das ehemalige kommunistische System. Nationalismus und Rechtsradikalismus, sogar Extremismus wurden oft als ganz natürliche oder sogar richtige Erscheinungen des postkommunistischen Zeitalters dargestellt.

Der Unwille, die Tendenzen und Wurzeln des rechten Radikalismus und des aggressiven Nationalismus im öffentlichen Leben wahrzunehmen und zu analysieren, machte die Vorbereitung dieser Arbeit problematisch. Dieser Bericht beruht hauptsächlich auf Presseberichten, die meistens informativ, nicht aber analytisch sind.

Es werden rechte und radikal rechte Parteien und ihre Kennzeichen themenbezogen dargestellt. Besondere Aufmerksamkeit wird der heiklen Periode des Machtwechsels 1992/93 geschenkt, als zum ersten Mal in einem Reformstaat eine ausgesprochen rechte Partei durch eine linke postkommunistische Partei ersetzt wurde. Das war eine ernste Bewährungsprobe für die Demokratie Litauens.

Ergebnisse

1. Die zeitgleich mit Gorbatschows Perestrojka einsetzende nationale Wiedergeburt in den baltischen Staaten orientierte sich recht stark an der Wiederherstellung der in der Zwischenkriegszeit unabhängigen Staaten - und das nicht nur de jure. Bei der Organisation von Wahlen und bei der Einhaltung des Prinzips der Gewaltenteilung und der Menschen- und Minderheitenrechte blickte man auf die Vorbilder der fortgeschrittenen Demokratien. Andererseits wurde angesichts der verschärften sozialen Lage und des großen Kraftaufwands für die in Demokratien üblichen parteipolitischen Auseinandersetzungen in Litauen, Lettland und Estland die Periode der autoritären Regime in der Zwischenkriegszeit idealisiert.
2. Die einflußreichsten Parteien Litauens sind derzeit die Demokratische Arbeitspartei Litauens (DAPL), die Christlich-Demokratische Partei und die Vaterlandsunion (Konservative Litauens). Die "Ideologen" der Konservativen treten für eine Annäherung zwischen der Vaterlandsunion und der Christlich-Demokratischen Partei ein und befürworten ein Zweiparteiensystem mit dem

Ziel, ein Gegengewicht zur DAPL zu bilden.

3. Obwohl nach den langen Jahrzehnten nationaler Unterdrückung der Ausbruch von nationalen oder nationalistischen Gefühlen unvermeidlich war, haben die extremistischen Parteien und Gruppierungen nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit des litauischen Staates bis zum heutigen Zeitpunkt keine ernste Gefahr dargestellt. Der Machtwechsel nach den Wahlen vom Herbst 1992 und dem Sieg der DAPL vollzog sich verhältnismäßig ruhig. Diese Wiederkehr der Postkommunisten war überraschend, denn seit 1988 und insbesondere seit 1990 sprachen die Massenmedien bei der Einschätzung der Vergangenheit nur über die Verbrechen des kommunistischen Systems, über die Qualen und Verluste Litauens in den letzten fünf Jahrzehnten.
4. Nach der unerwarteten Niederlage bei den Parlamentswahlen befanden sich "Sajudis" und radikalere kleinere Parteien des rechten Spektrums in einem Schockzustand. Unter den extremeren Kräften im rechten Spektrum gab es Meinungen, "die Ereignisse des Jahres 1926 zu wiederholen", d.h., die Postkommunisten zwangsweise von der Macht zu entfernen.
5. Die "Partei des Fortschritts der Nation", die "Union der Freiheit Litauens" und die nationalistische Partei "Junges Litauen" können den profaschistischen Gruppen zugerechnet werden. Sie kennzeichnet die negative Einstellung zur Integration in die Europäische Union und zur Legitimation des Bodenverkaufs an Ausländer. Übrigens wird diese Stellungnahme auch von einigen rechtsgerichteten Parteien (Nationalisten, Demokraten) und dem linken Spektrum zugeordneten Parteien (Bauernpartei) sowie manchen Vertretern der Zentrumsunion unterstützt.
6. Die drei rechtsradikalen Parteien erhielten bei den Seimas-Wahlen insgesamt etwa 7% der Wählerstimmen und kamen wegen der 4%-Klausel nicht ins Parlament. Bei den Kommunalwahlen 1995 erhielten sie insgesamt 6%. Andere Parteien schätzten dieses Wahlergebnis als ein ernstes Warnzeichen ein.
7. Die Beziehungen zum jüdischen Volk sind von der Tragödie überschattet, die sich in Litauen Mitte des 20. Jahrhunderts abspielte. In Litauen gab es seit dem Mittelalter, seit den Zeiten des Großfürstentums, zahlreiche jüdische Gemeinden. Bei der historischen Betrachtung ist jedoch eine Tendenz feststellbar, die Lebensverhältnisse der Juden in Litauen etwas zu idealisieren, indem man unterstreicht, daß es hier nie Pogrome gegeben habe. Bis vor kurzem war diese Tendenz auch mit Blick auf das unabhängige Litauen in der Zwischenkriegszeit kennzeichnend.
8. Die Funken des Antisemitismus im Litauen der Zwischenkriegszeit wurden 1940 durch die Okkupation und Annexion erneut entfacht. Der damaligen KP Litauens gehörte eine große Zahl Juden an. Viele Juden arbeiteten in den Repressivorganen mit. Allerdings waren in der obersten Führung des annektierten Litauens nur wenige Juden. Unter den nach Sibirien deportierten Bürgern Litauens war die Zahl der Juden proportional höher als die anderer Nationalitäten. Und trotz alledem fiel es der Nazipropaganda und den hiesigen Mithelfern nach der Besetzung Litauens durch Deutschland nicht schwer, einen Teil der Litauer davon zu überzeugen, daß "Juden" und "Kommunisten" dasselbe seien, daß sowohl die einen als auch die anderen zu vernichten seien.

9. Der Einschätzung des Aufstandes von 1941 unmittelbar vor dem deutschen Einmarsch wird hier deswegen größere Aufmerksamkeit geschenkt, weil gerade diese Debatte den Mangel an objektiver Darstellung der schmerzlichsten Episoden der litauischen Geschichte bestätigt. Diese Urteile sind beachtenswert, nicht nur als Zeugnisse für die Einstellung zu der Tragödie der Juden. Sie sind auch als Wurzeln zu sehen, die den rechten Radikalismus nähren.
10. Bereits unmittelbar nach der Erklärung der Unabhängigkeit Litauens hatte der Oberste Rat am 8. Mai 1990 eine Deklaration verabschiedet, in der die Beteiligung der Litauer an dem Genozid bedauert und der Genozid während des Zweiten Weltkriegs verurteilt wurde. Anfang Februar 1995 fand der erste Besuch eines litauischen Präsidenten in Israel statt. In seiner Parlamentsrede entschuldigte sich Präsident Brazauskas vor den israelischen Abgeordneten für die Ermordung der litauischen Juden. Diese Erklärung wurde sowohl in Israel als auch international sehr positiv aufgenommen. Es gab aber in Jerusalem Zweifel, ob diese Entschuldigung in Litauen selbst verstanden und angenommen wurde. Andererseits ist als positive Tatsache festzustellen, daß jetzt erstmals die Vernichtung der Juden in litauischen Schulbüchern thematisiert wird.
11. Die Beziehungen zu Rußland, Polen und Weißrußland sind gänzlich normalisiert. Mit allen diesen Staaten wurden Verträge über gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit unterzeichnet, in denen die territoriale Integrität und die Unantastbarkeit der Grenzen fixiert wurde. Trotzdem geben sowohl politische Parteien als auch gesellschaftliche Organisationen nicht selten Erklärungen ab, in denen offen oder verschleiert territoriale Ansprüche formuliert werden. Sie werden von einer "lärmenden Minderheit" unterstützt oder gar enthusiastisch begrüßt.
12. In den Strukturen der Landesverteidigung der Litauischen Republik dienen etwa 9.000 Mann. Im Freiwilligen Landesschutz, der dem Verteidigungsministerium untersteht, sind es 10.000 Personen (davon 2.000 Berufsoffiziere und Unteroffiziere). Die Šauliai-Union vereinigt ca. 7.000 Mitglieder. Traditionell stehen diese Strukturen seit der Zwischenkriegszeit und nun wieder seit der Wiederherstellung der Unabhängigkeit unter dem Einfluß von nationalgesinnten und rechten Kräften und Parteien. Litauische Politikwissenschaftler und Journalisten sind der Meinung, daß Freiwillige wie auch Šauliai unter bestimmten Umständen auf verfassungswidrige Weise eingesetzt werden könnten, um die Ziele rechtsradikaler Kräfte zu verwirklichen.
13. Im Laufe der letzten Jahre gingen die Auseinandersetzungen zwischen den "Rechten" und "Linken", zwischen "Patrioten und Nationalisten" einerseits und "Kosmopoliten" sowie "Ost-Orientierten" deutlich zurück. Die politische Führung Litauens bemühte sich im Gegensatz zu der in den Jahren 1990 bis 1992 verfolgten Linie darum, die innenpolitischen Auseinandersetzungen zu vermindern bzw. im Rahmen europäischer Standards zu führen. Sie versuchte vor allem, die politische Trennung zwischen "Unseren" und "nicht Unseren", zwischen "Patrioten" und "Nicht-Patrioten" zu mildern.
14. Einen Einfluß auf mögliche Ausbrüche von rechtem nationalistischen Radikalismus werden die Ereignisse in Rußland und Weißrußland ausüben. Eine demokratische Entwicklung dort würde die Situation in Litauen stabilisieren und den Spielraum für jeglichen Extremismus einengen. Wenn jedoch in diesen Staaten reaktionäre, chauvinistische Kräfte an die Macht gelangen, die nach Wiederherstellung des Imperiums streben, dann würde dies eine ganz andere Wirkung auf

Litauen haben. Der rechte, nationalistische Extremismus würde erstarken. Die Positionen der Politiker und Parteien, die sich auf eine gemeinsame Politik mit Westeuropa und den USA orientieren und die Politik der Reformen in Rußland unterstützt haben, würden schwächer.

15. Einen großen Einfluß auf die Eindämmung der radikalen Kräfte hatte bisher das Vorbild der demokratischen westlichen Staaten und wird ihn auch weiterhin haben - natürlich unter der Voraussetzung, daß dort der rechte Extremismus nicht an die Macht gelangt. Die Tatsache, daß Litauen gemeinsam mit den anderen baltischen Staaten Mitglied des Europarats wurde und den Status eines assoziierten Mitglieds der Europäischen Union erhielt, beeinflußt die innere Entwicklung des Landes sehr positiv. Es wäre sehr wichtig, wenn die Innen- und Sicherheitspolitik noch mehr mit Brüssel koordiniert würde. Eine gewisse Enttäuschung und ein nationalistischer Ausbruch sind zu erwarten, falls die von Politikern und den Massenmedien geweckten Hoffnungen auf eine baldige Aufnahme Litauens in die NATO nicht in Erfüllung gehen.

1. Einleitung

In den Jahren seit der Wiederherstellung des litauischen Staates (11.3.1990) durch den Obersten Rat Litauens und der internationalen Anerkennung der Litauischen Republik (Herbst 1991) wurde das Problem rechtsextremistischer und nationalistischer Erscheinungen und Tendenzen im politischen und gesellschaftlichen Leben Litauens weder von Wissenschaftlern noch in der Publizistik behandelt.

Bis 1988 hatten sich die Massenmedien der Partei und des Staates große Mühe gegeben, das Feindbild des litauischen Bürgertums aufrechtzuerhalten und seinen extrem rechten Flügel zu "entlarven". Diesem Zweck dienten sowohl das Bildungssystem in den Ober- und Hochschulen als auch die Pionier-, Komsomolzen- und KP-Organisationen. Dabei konnten Partei und Staat jedoch nur oberflächliche Erfolge erzielen.

Die immer offensichtlicher werdende Rückständigkeit der UdSSR im Vergleich zu den entwickelten kapitalistischen Staaten löste Enttäuschungen und Zweifel aus. Immer deutlicher wurde der "Eiserne Vorhang" und die Mißachtung der Menschenrechte diesseits dieses "Vorhangs" und die Entartung des Einparteiensystems. In den siebziger und achtziger Jahren hatte die sowjetische Propaganda bezüglich der "Absichten der extremen imperialistischen Kreise" auf die Menschen und insbesondere auf die Jugend kaum Wirkung. Andererseits gab es gewisse Einflüsse von seiten der westlichen Medien sowie aufgrund zunehmender Kontakte mit dem Westen.

Die Aspirationen der einzelnen Republiken der Sowjetunion, vor allem und an erster Stelle der baltischen Republiken, waren die Hauptursache des Zusammenbruchs der Sowjetunion in der Zeit der "Perestrojka". Die Tatsache, daß Litauen, Lettland und Estland in der Zwischenkriegszeit selbständige Staaten waren, zeichnete sie unter den 15 ehemaligen Republiken der UdSSR aus.

In Estland, Lettland und ganz besonders in Litauen gab es zwischen 1944 und 1952 in ländlichen Gegenden eine weit verbreitete Widerstandsbewegung gegen die Sowjetmacht.

Im Zusammenhang mit der staatlichen Unabhängigkeit der baltischen Republiken zwischen den beiden Weltkriegen erhebt sich das Problem der Bewertung der zwei "goldenen Jahrzehnte", die heute teilweise im rechten Extremismus Litauens, Lettlands und Estlands ihr Echo findet. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Gründung der baltischen Nationalstaaten 1918 von großer Bedeutung nicht nur für die Festigung der nationalen Idee, sondern auch für die Entfaltung der Demokratie und des sozialen Fortschritts war. Noch eindeutiger ist diese Entwicklung zu bewerten, wenn sie insbesondere im Bereich der Menschenrechte mit den Zuständen in der damaligen UdSSR verglichen wird. In der Zwischenkriegszeit herrschte dort Totalitarismus, und im Namen der Idee des "Kasernensozialismus" wurden blutige soziale Experimente unternommen.

Trotz alledem soll hier betont werden, daß die Entwicklung der politischen Systeme der baltischen Länder in der Zwischenkriegszeit nicht unproblematisch war. In Litauen funktionierte die parlamentarische Demokratie nur zwischen 1920 und 1926. Die Regierung der Linken (Volkspartei und Sozialdemokraten) wurde von den Tautininkai (Nationalisten), die bloß drei Sitze im Parlament hatten, gestürzt. Den Staatsstreich, der unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Kommunisten und die von Polen ausgehende Gefahr durchgeführt wurde, unterstützte auch die Christlich-

Demokratische Partei. Diese wurde jedoch sehr bald aus der Regierung ausgestoßen. Die Nationalisten lösten den Seimas (Parlament) auf und regierten zehn Jahre lang ohne ihn. Erst 1936 erlaubten sie die Wahl eines Scheinparlaments, das auch nur aus den Vertretern ihrer Partei bestand. Die Tätigkeit anderer Parteien wurde begrenzt, 1938 wurden sie auch formell verboten. Während der ganzen Zeit der Unabhängigkeit (außer den sechs Monaten 1926, als die Linke an der Macht war) herrschten in Litauen Kriegszustand und Pressezensur.

Ähnlichkeiten und Unterschiede der Entwicklung gab es gleichzeitig in Estland und Lettland (die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie 1934). Die Entwicklung in den baltischen Staaten kann natürlich auch dadurch erklärt werden, daß in der Zwischenkriegszeit totalitäre und autoritäre Regime in fast ganz Ost- und Mitteleuropa (außer der Tschechoslowakei) herrschten. Man muß jedoch unterstreichen, daß das Fehlen einer funktionierenden Demokratie in den baltischen Staaten und das Streben der von der Macht ausgeschlossenen Parteien, die Umstürzler um jeden Preis aus der Regierung zu vertreiben, Moskau eine widerstandslose Besetzung der baltischen Staaten und ihre Annexion sehr erleichterte.

Die zeitgleich mit Gorbatschows Perestrojka einsetzende nationale Wiedergeburt in den baltischen Staaten orientierte sich recht stark an der Wiederherstellung der in der Zwischenkriegszeit unabhängigen Staaten - und das nicht nur de jure. Bei der Organisation von Wahlen und bei der Einhaltung des Prinzips der Gewaltenteilung und der Menschen- und Minderheitenrechte blickte man auf die Vorbilder der fortgeschrittenen Demokratien. Andererseits wurde angesichts der verschärften sozialen Lage und des großen Kraftaufwands für die in Demokratien üblichen parteipolitischen Auseinandersetzungen in Litauen, Lettland und Estland die Periode der autoritären Regime in der Zwischenkriegszeit idealisiert. Diese Zeit wird mit Stabilität verbunden, mit einem "Führer des Volkes", der mit "starker Hand" den Staat steuert und die Tätigkeit von Parlament und Parteien begrenzt.

Ein großer Teil der Gesellschaft betrachtet die Politiker, die den Staatsstreich 1926 durchführten, als nationale Helden, die Litauen vor dem Kommunismus und als Nationalstaat retteten.

Ohne eine gründliche und objektive Analyse der Geschichte Litauens als Folge der aufdringlichen sowjetischen Propaganda, die das Gegenteil des Gewünschten erreichte, wurde das Modell des litauischen Staates aus der Zwischenkriegszeit konserviert. Stereotype Denkmuster der Vorkriegszeit wurden von bestimmten Politikern mechanisch auf die heutige Gesellschaft übertragen.

Infolge der Durchsetzung einer rechten und patriotischen Ideologie in der postkommunistischen Gesellschaft Litauens wurde der neue Staat dann auf der Grundlage von Denkweisen der Vorkriegszeit errichtet. Der im Kampf für die Freiheit (1988-1991) entstandene Radikalismus wollte nach dem Sieg der Unabhängigkeitsbewegung auf keinen Fall seine Positionen auf der politischen Ebene zugunsten gemäßiger Strömungen aufgeben. Im Gegenteil wurde die "Härte" der damaligen Führung Litauens in der Außenpolitik, insbesondere im Verhältnis zu Moskau, für die einzig richtige und bewährte Linie gehalten. In der Politik tendierte der Radikalismus der Unabhängigkeitsbewegung dazu, keine ideologische Konkurrenz zu tolerieren, in der Wirtschaft ließ er sich oft von politischen Zielen leiten (überhastete Auflösung der Kolchosen ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Zweckmäßigkeit). Im kulturellen Bereich zeigte er sich als eine natürliche Reaktion

eines großen Teils der litauischen Bevölkerung auf die fünfzigjährige sowjetische Okkupation und die antipluralistische Ideologie der kommunistischen Gesellschaft, als Zurückweisung von Werten, die als ausländisch betrachtet wurden, und als Propagierung "nationaler Reinheit".

Eine große Rolle bei dem Prozeß des wachsenden Radikalismus in der Gesellschaft spielten die Ereignisse Anfang 1991 in Vilnius. Die reaktionären Kräfte der KPdSU und die Militärs versuchten seinerzeit mit Hilfe der moskautreuen KPL, die legitime Regierung Litauens zu stürzen und die Sowjetmacht wiederherzustellen. Bei dieser Intervention kam es zu Todesopfern. Diese Ereignisse verstärkten in der litauischen Gesellschaft die Tendenz zu einem nationalen Radikalismus.

Das politische Pendel schlug weit nach rechts aus. Litauen muß sich aber wie andere post-kommunistische Länder darum bemühen, daß das Land nicht zu weit von dem Weg abkommt, den Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg zurückgelegt hat. Darunter ist die Überwindung des aggressiven Nationalismus, Versöhnung mit den Nachbarn, den ehemaligen "ewigen Feinden", und zuletzt auch die Integration zu verstehen. Im Westen spielen bei diesen Prozessen Politiker und Parteien, Intellektuelle und Massenmedien eine große Rolle. In Litauen ist die Tendenz zur Annäherung an Europa, zur Mitgliedschaft in der EU ebenfalls sehr stark. Dadurch werden die extrem nationalistischen Kräfte gebremst. Bedauerlicherweise haben jedoch die fünf Jahrzehnte der Zugehörigkeit zur UdSSR dazu beigetragen, daß in Litauen im Vergleich zum nachbarlichen Polen Intellektuelle und Presse sehr viel weniger zu echten Herolden einer europäischen Gesinnung geworden sind.

Aus der Entfernung erscheinen die baltischen Staaten manchen fremden Beobachtern auch weiterhin als einheitliches Gebilde, in dem sich die Probleme von Land zu Land kaum unterscheiden. Die Wirklichkeit sieht aber anders aus. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts hatten die drei Staaten sehr unterschiedliche Geschichte und Traditionen, abgesehen davon, daß sie sich in Sprache, Religion und Mentalität sehr unterscheiden.

Die drei baltischen Staaten bedienten sich auch einer unterschiedlichen Taktik auf dem Wege zur Unabhängigkeit in der Periode, in der die UdSSR immer schwächer wurde und schließlich zusammenbrach. Litauen erklärte unmittelbar nach den ersten freien Parlamentswahlen seine Unabhängigkeit und wählte damit den radikalsten Weg, ohne Angst vor der Konfrontation mit Moskau. Estland wählte dagegen einen wesentlich pragmatischeren Weg, der schließlich auch keine Menschenopfer für die Unabhängigkeit erforderte. Lettland wählte einen mittleren Weg zwischen der litauischen und der estnischen Variante.

Bezeichnend ist auch die Tatsache, daß in den baltischen Staaten im Unterschied zu manchen anderen ehemaligen Unionsrepubliken nationale Konflikte keinen Nährboden fanden, ungeachtet dessen, daß der konservative Teil der KPdSU zwischen den Einheimischen und den Russen in Lettland und Estland sowie zwischen Litauern und Polen in Litauen von Moskau aus Zwist zu entfachen versuchte. Diese Versuche scheiterten. Überhaupt kam es in den drei baltischen Staaten in jenen Jahren des historischen Umbruchs zu keinen sichtbaren Konflikten auf der nationalen Grundlage, obwohl die nationalen Aspirationen auf dem Wege zur Unabhängigkeit die Hauptantriebskraft waren.

2. Parteienlandschaft

Nach den tragischen Ereignissen in Vilnius am 13. Januar 1991 wurde die damals mit Moskau verbundene KP Litauens verboten. Dazu ist anzumerken, daß sich die KPL schon Ende 1989 gespalten hatte. Dieses Ereignis war ein harter Schlag gegen die monolithische Einheit der KPdSU. Die selbständige KPL trat für Unabhängigkeit und Demokratie ein und benannte sich 1990 in Demokratische Arbeitspartei Litauens (DAPL) um. 1992 gewann diese Partei mit überraschend klarer Mehrheit die Parlamentswahlen und bildet seitdem die Regierung Litauens.

1990 wurde in Litauen das Gesetz über politische Parteien verabschiedet, das die Tätigkeit einer Partei verbietet, wenn diese totalitäre, autoritäre und vergleichbare Ideen deklariert und gewalttätige Methoden der Machtergreifung propagiert. Dieses Gesetz wurde in der Litauischen Republik bisher noch auf keine extremistische Partei angewandt.

Die Begriffe "links" und "rechts" sind in Litauen noch viel verwickelter als in anderen Staaten, die schon feste demokratische Traditionen besitzen. Grundsätzlich stimmt jedoch das Verständnis von "links" und "rechts" mit dem im Westen gebräuchlichen überein.

Als die am äußersten linken Rand agierende Partei gilt in Litauen die Sozialistische Partei, die 1993 gegründet wurde. Wegen der geringen Zahl ihrer Mitglieder (nach dem Parteiengesetz muß eine Partei mindestens 400 Mitglieder haben) wurde sie erst im Herbst 1995 registriert. Die Partei verheimlicht überhaupt nicht die Tatsache, daß ihr auch viele Mitglieder der verbotenen KPL angehören.

Vor kurzem begann die Bauernpartei ihre Tätigkeit, der hauptsächlich die Vorsitzenden der Kolchoswirtschaften, die bis 1990 existierten, sowie landwirtschaftliche Fachleute angehören. Die rechten Parteien halten diese Partei für einen Satelliten der DAPL.

Dann gibt es eine Reihe von Parteien, die bei den Parlamentswahlen 1992 von der Rechten ebenfalls als verschleierte DAPL-Alliierte betrachtet wurden, weil sie ebenfalls in Opposition zur Politik der "Sajudis"-Bewegung, die damals die Mehrheit im Parlament besaß, standen. Zu diesen Parteien gehören die Sozialdemokratische Partei, die Zentrumsunion und die Liberale Partei. Diese Parteien stehen jetzt alle in Opposition zur regierenden Demokratischen Arbeitspartei.

Eine große Partei mit alten Traditionen ist die Christlich-Demokratische Partei, die die Nähe zur katholischen Kirche sucht, die in Litauen sehr einflußreich ist. Der Christlich-Demokratischen Partei steht die etwas weiter rechts stehende Vaterlandsunion (Konservative Litauens) nahe, die aus der Bewegung "Sajudis" entstanden ist und in radikaler Opposition zur Demokratischen Arbeitspartei verharrt. Noch weiter rechts sind drei kleinere Parteien angesiedelt: Das ist zum einen die Nationalistische Partei mit alten Traditionen in Litauen. Sie kam durch den Staatsstreich von 1926 an die Macht. Bei den beiden anderen Parteien handelt es sich um die Demokratische Partei und die Unabhängigkeitspartei - die einzige, die keine ehemaligen Kommunisten in ihre Reihen aufnimmt.

Außer den drei erstgenannten sind alle anderen erwähnten Parteien mehr oder weniger anti-kommunistisch orientiert. Aus diesem Grunde sollten die Parteien hervorgehoben werden, die sich selbst als rechtsgerichtet bezeichnen, jedoch zur Zeit keine besonders antikommunistischen Parolen benutzen. Sie arbeiten mit der DAPL zusammen bzw. erklären sich dazu bereit. Das sind die "Partei

des Fortschritts der Nation", "Junges Litauen" (vor dem Krieg war das der Verein der Jugend der Nationalistischen Partei) und die "Union der Freiheit Litauens." Insbesondere die beiden letzteren Parteien geben sich radikal und populistisch. Ihr Einfluß nahm nach den Kommunalwahlen Anfang 1995 zu.

Die einflußreichsten Parteien Litauens sind derzeit die DAPL, die Christlich-Demokratische Partei und die Vaterlandsunion (Konservative Litauens). Die "Ideologen" der Konservativen treten für eine Annäherung zwischen der Vaterlandsunion und der Christlich-Demokratischen Partei ein und befürworten ein Zweiparteiensystem mit dem Ziel, ein Gegengewicht zur DAPL zu bilden. Aus diesem Grunde treten sie auch für ein Direktwahlssystem anstelle des gegenwärtigen gemischten Wahlsystems ein.

Die Oppositionsparteien, insbesondere die Sozialdemokratische Partei, beschuldigen die DAPL, sie führe die Politik der Wirtschaftsliberalen durch, besonders auf dem wirtschaftlichen und sozialen Gebiet. Die DAPL ihrerseits kritisiert die rechten Parteien, insbesondere die Konservativen, deren wirtschaftliche Parolen seien sehr linksgerichtet, ja sogar "sozialistisch".

Obwohl nach den langen Jahrzehnten nationaler Unterdrückung der Ausbruch von nationalen oder nationalistischen Gefühlen unvermeidlich war, haben die extremistischen Parteien und Gruppierungen nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit des litauischen Staates bis zum heutigen Zeitpunkt keine ernste Gefahr dargestellt. Der Machtwechsel nach den Wahlen vom Herbst 1992 und dem Sieg der DAPL vollzog sich verhältnismäßig ruhig.

Eine Episode aus dieser Zeit ist in diesem Zusammenhang erwähnenswert. Die rechtsorientierte Zeitung "Lietuvos aidas" veröffentlichte nach dem Wahlsieg der DAPL ein Interview mit dem ehemaligen chilenischen Diktator Pinochet, das dieser einer Moskauer Zeitung gegeben hatte. In diesem Interview rechtfertigte Pinochet Gewaltanwendung für bestimmte Fälle. Bald darauf veröffentlichte dieselbe Zeitung einen Artikel, in dem der Autor feststellte: "Das müde Litauen zeigte seine innere Schwäche seinen listig-zarten Nachbarn (Rußland, Polen und Belorußland), indem es den dritten 'Volks-Seimas' wählte".¹ Dabei erklärt der Autor, daß der erste Volks-Seimas 1926 als linksgerichtetes Parlament gewählt worden sei und der zweite bei den Scheinwahlen nach der sowjetischen Okkupation 1940. In dem Artikel interpretiert der Autor die Entmachtung des Seimas 1926 positiv und räsoniert über die Möglichkeit eines Bürgerkriegs in Litauen heute, "wobei sich Rußland kaum einmischen würde".

Unmittelbar nach der Veröffentlichung dieses Artikels startete der Chefredakteur der Zeitung "Lietuvos aidas" in einem Leitartikel anläßlich des 26. Jahrestages des Staatsstreiches vom 17. Dezember 1926 eine Diskussion über die Möglichkeit eines bewaffneten Staatsstreichs unter den aktuellen Bedingungen. In dem Artikel wird der Brief eines Lesers zitiert: "Zur Rettung unseres Volkes gäbe es nur einen Weg; das wäre der Weg von Chile." Der Chefredakteur zog den folgenden Schluß: "Der Staatsstreich vom 17. Dezember hätte gewiß gute Resultate gebracht, wenn man nach einiger Zeit wieder zur Demokratie zurückgekehrt wäre. In dieser Hinsicht ist das Beispiel von Pinochet sehr annehmbar."²

1 K. Žiėkus, in: Lietuvos aidas, 21.11.1992.

2 S. Stoma, in: Lietuvos aidas, 22.12.1992.

Auf diese Publikationen reagierten manche Intellektuelle in Litauen negativ, was sich auch in der Presse widerspiegelte. G. Iešmantas, Dissident, ehemaliger sowjetischer Lagerhäftling und Abgeordneter des ersten frei gewählten litauischen Parlaments (1990), verurteilte den Staatsstreich von 1926 als eine verfassungsfeindliche Aktion. Er betonte, daß in den Artikeln in "Lietuvos aidas" "die Mißachtung der Demokratie und der Staatsinstitutionen deutlich wird... Die Redaktion muß ernsthaft beschlossen haben, der Bevölkerung die Idee der eventuellen Nützlichkeit eines Staatsstreichs nahezubringen".¹ Es ist bemerkenswert, daß "Lietuvos aidas" es ablehnte, diesen Artikel zu veröffentlichen.

Auch die liberale Tageszeitung "Lietuvos rytas" reagierte negativ. In einem Leitartikel wurde betont: "Mit dem 'sehr annehmbaren' Vorbild Pinochets billigt man - absichtlich oder unabsichtlich - den Aufstandsplan von W. Lenin sowie die Aktionen der schwarzen Obristen in Griechenland und alle Staatsstrieche in Südamerika".²

Die in "Lietuvos aidas" veröffentlichten kurzen Auszüge aus Leserbriefen zu der Staatsstreichdiskussion waren im Vergleich zu der allgemeinen Linie der Zeitung gemäßigt. Es gab da folgende Einschätzungen seitens der Leser: "Staatsstrieche sind manchmal chirurgischen Operationen ähnlich - unangenehm, jedoch unvermeidlich, wenn die Freiheit oder gar die Existenz des Volkes in Gefahr ist". Oder: "Damals (1926) wie heute ist es klar, daß ohne eine harte Männerhand die Staatlichkeit Litauens nie zur Realität wird. Litauen ist noch nicht reif genug für die Demokratie."³ In keinem Brief gab es Hinweise auf die heutige Situation, z.B. auf den Sieg der DAPL bei den Parlamentswahlen oder die mögliche Reaktion darauf.

In derselben Nummer beendete der Chefredakteur der Tageszeitung mit seinem Redaktionsartikel die eigentlich kaum angefangene Diskussion. In diesem Artikel stand geschrieben, daß die von der Zeitung vorgelegten Fragen so formuliert worden seien, daß nach einigen Überlegungen nur eine einzige Antwort möglich war: "Man darf seinen Willen anderen nicht aufzwingen, wenn schon nicht deswegen, weil wir Demokraten sind, dann aber deshalb - und das ist das Wesentliche - weil wir Christen sind". Außerdem betonte der Chefredakteur in dem Artikel: "In Litauen ist zur Zeit kein Staatsstreich möglich. Die Voraussetzungen dafür könnten möglicherweise später entstehen, wenn die DAPL die Präsidentenwahlen gewinnen und konsequent die Politik des Verrats der Staatsinteressen verfolgen würde."⁴

Diese Pressepolemik ist deshalb so bemerkenswert, weil sie in einem für das Land sehr sensiblen Zeitraum stattfand. Nach den Parlamentswahlen und vor den Präsidentenwahlen wurde eine deutlich rechtsorientierte Regierung durch eine deutlich linksorientierte abgelöst. Zum ersten Mal kehrte in Ostmitteleuropa eine postkommunistische Partei an die Macht zurück, die zweieinhalb Jahre lang in der Opposition war. Später wiederholte sich dieses Phänomen in Polen, Ungarn und anderen Staaten.

Diese Wiederkehr der Postkommunisten war überraschend, denn seit 1988 und insbesondere seit 1990 sprachen die Massenmedien bei der Einschätzung der Vergangenheit nur über die Verbrechen des kommunistischen Systems, über die Qualen und Verluste Litauens in den letzten fünf

1 G. Iešmantas, in: Lietuvos rytas, 6.1.1993.

2 Lietuvos rytas, 17.12.1992.

3 Lietuvos aidas, 22.12.1992.

4 Ebenda.

Jahrzehnten. Die DAPL war während des Wahlkampfs isoliert. Keine Partei war bereit, mit ihr eine Koalition zu bilden. Besonders stark wurde Algirdas Brazauskas, der Vorsitzende der DAPL, angegriffen. Nach dem Beispiel der Tschechoslowakei wurde 1992 im litauischen Parlament ein Gesetz über "Desowjetisierung" (Lustration) vorbereitet. Es wurde jedoch nicht verabschiedet, da es an einigen Stimmen fehlte.

Nach einiger Zeit entpuppte sich der Autor dieses Lustrationsgesetzes als ehemaliger KGB-Mitarbeiter und wurde aus dem Parlament entfernt.

Die DAPL erhielt im neuen Parlament die absolute Mehrheit. Dafür gab es zwei Hauptgründe: Erstens: die Fehler von "Sajudis" in der Wirtschaftspolitik mit den Versuchen, die Reformen zu ideologisieren, insbesondere in der Landwirtschaft, verbunden mit aggressiven Angriffen gegen diejenigen, die die Linie von "Sajudis" nicht unterstützten. Der zweite Grund war historisch. Seit dem politischen "Tauwetter" unter Nikita Chruschtschow hatte sich in Litauen ein relativ reformistischer, nationaler KP-Flügel herausgebildet, der nach einer Stärkung der Rolle der litauischen Sprache in der Republik strebte und Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur Litauens in dem damals möglichen Rahmen entwickelte. Vergleichbares gab es weder in Lettland noch in Estland, wo die postkommunistischen Parteien im politischen Leben von heute folglich kein großes Gewicht haben. Ein weiterer Grund für den Erfolg der DAPL war Brazauskas selbst. Er wurde 1993 bei den Direktwahlen mit 60,4% der Stimmen zum Präsidenten Litauens gewählt.

Nach der unerwarteten Niederlage bei den Parlamentswahlen befanden sich "Sajudis" und radikalere kleinere Parteien des rechten Spektrums in einem Schockzustand. Unter den extremeren Kräften im rechten Spektrum gab es Meinungen, "die Ereignisse des Jahres 1926 zu wiederholen", d.h. die Postkommunisten zwangsweise von der Macht zu entfernen. Diese Stimmungen wurden in den oben erwähnten Publikationen widergespiegelt. Unter den Vilniuser Journalisten wurde kolportiert, daß bei den Treffen der rechtsorientierten Parlamentsabgeordneten manche vorgeschlagen hätten, die Kommunisten in das Gebäude des Parlaments nicht reinzulassen. Allerdings wurden solche Ideen von den Parteispitzen nicht unterstützt.

3. Rechtsradikale und rechte Parteien

Der ehemalige litauische Dissident und heute in den USA lebende Professor Aleksandras Štromas behauptet, in Litauen seien die "Partei des Fortschritts der Nation", die "Union der Freiheit Litauens" und die nationalistische Partei "Junges Litauen" den profaschistischen Gruppen zuzurechnen. Nach seiner Meinung ist die Existenz solcher Gruppen in Litauen eine ganz normale Erscheinung im Rahmen europäischer Standards, auch wenn diese Tatsache von liberal gesinnten Menschen als unangenehm empfunden werde.¹

Nach der Meinung von Štromas stammen die DAPL und Vaterlandsunion (Konservative Litauens) aus der sowjetischen Bürokratie. Die Stärke der Konservativen Litauens beziehe sich auf die Person des Vorsitzenden dieser Partei: "Solange Landsbergis da ist, wird er als politischer Held für die Vaterlandsunion ein Drittel der Stimmen der Wähler gewinnen."²

1 Radio Free Europe, litauischer Dienst, 22.6.1995.

2 Ebenda.

Die Ansicht von der Verwandtschaft der genannten Parteien vertreten auch die litauischen Sozialdemokraten. Der Parteichef der Sozialdemokraten erklärte auf dem Kongreß der LSDP, daß die DAPL und KL "Zwillinge" seien.

Die drei Parteien, die von Štromas als "profaschistische Gruppen" bezeichnet wurden, kennzeichnet die negative Einstellung zur Integration in die Europäische Union, zur Legitimation des Bodenverkaufs an Ausländer mit der Forderung nach der Änderung des Artikels 47 der Verfassung. Übrigens wird diese Stellungnahme auch von einigen rechtsgerichteten Parteien (Nationalisten, Demokraten) und dem linken Spektrum zugeordneten Parteien (Bauernpartei) sowie manchen Vertretern der Zentrumsunion unterstützt.

Einer der führenden Vertreter der "Partei des Fortschritts der Nation", E. Klumbys, warnte: "Sobald der Bodenverkauf an Ausländer legitimiert wird, entsteht eine Gefahr für die nationale Sicherheit - die Invasion der deutschen in das Klaipeda-Gebiet und die polnische Invasion in das Vilniuser Gebiet wird aktiviert."¹ Er erinnerte daran, daß auch Russen, Belorussen, Tschetschenen und Usbeken Ausländer sind, die "ihre Probleme nach Litauen hineintragen können." Noch deutlicher drückte sich der Vertreter der nationalistischen Partei "Junges Litauen" aus: "Den Boden in Litauen würden nicht die Unternehmer aus dem Westen, sondern russische Kolonisten und Spezialdienste Rußlands ankaufen."² "Junges Litauen" setzt sich dafür ein, alle Kolonisten aus Litauen wegzujagen, Einwanderungsmöglichkeiten für Ausländer zu begrenzen und Flüchtlinge aus Asien abzuschieben.³ (Den Begriff "Kolonisten", der in Litauen kaum in Gebrauch ist, benutzt die Partei für die russischsprachigen Einwanderer, die nach 1940 nach Litauen kamen.)

Die drei rechtsradikalen Parteien erhielten bei den Seimas-Wahlen insgesamt etwa 7% der Wählerstimmen und kamen wegen der 4%-Klausel nicht ins Parlament. Bei den Kommunalwahlen 1995 erhielten sie insgesamt 6%, waren jedoch in den Städten überraschend erfolgreich. In Kaunas erhielten sie sogar etwa ein Viertel aller Stimmen. Andere Parteien schätzten dieses Wahlergebnis als ein ernstes Warnzeichen ein.

Einer der führenden Politiker der DAPL, J. Karosas, erklärte, die extremistischen Stimmungen seien für die Demokratie noch nicht gefährlich. Der Staat müsse aber die sozialen Probleme lösen, damit sich diese Stimmungen nicht weiter ausbreiteten. "Falls es uns gelingt, den Alltag der Armen zu verbessern, die Kriminalität zu zügeln, wird der Einfluß der extremistischen Kräfte abnehmen."⁴

Nach Meinung des Parteivorsitzenden der Konservativen Litauens, V. Landsbergis, sind die Rechtsextremisten wegen ihres Populismus für die Menschen attraktiv, die glauben, daß "bei der heutigen Politik der regierenden Partei und bei der Schlamperei der Machtstrukturen" die Oppositionskräfte zu gemäßigt, zu demokratisch und nur auf parlamentarische Weise agierten.⁵

Es ist bezeichnend, daß bei den Präsidentenwahlen 1993 nur eine Partei A. Brazauskas unterstützte, und zwar die DAPL. Die rechten Parteien und die Parteien des Zentrums unterstützten seinen Konkurrenten S. Lozoraitis. Es gab nur eine Ausnahme: die "Partei des Fortschritts der Nation" blieb

1 A. Račas, in: Lietuvos rytas, 28.4.1995.

2 Ebenda.

3 ELTA, in: Diena, 12.4.1995.

4 V. Gaižauskaite, in: Lietuvos rytas, 12.4.1995.

5 Ebenda.

neutral. Einige ihrer führenden Politiker besetzten nach den Wahlen hohe Posten im Regierungsapparat.

"Junges Litauen" zeichnete sich in der Zeit nach 1989 durch radikale Protestaktionen aus, die gegen die damals in Litauen stationierte Rote Armee gerichtet waren, und durch die Zerstörung von Denkmälern aus der Sowjetzeit, ohne diese Aktionen mit den Regierungsinstitutionen des damals schon unabhängigen Litauen vereinbart zu haben. Diese nationalistische Partei fordert - wohl als einzige - stets radikal die Repatriierung der "Kolonisten" aus der Litauischen Republik. Ungeachtet dieser Haltung arbeitete der Vorsitzende von "Junges Litauen" von 1993 bis Sommer 1995 als Berater für Jugendfragen bei der Regierung der Litauischen Republik. Die DAPL erklärte, daß diese Berufung es möglich mache, den Radikalismus des "Jungen Litauen" zu neutralisieren und die Beziehungen zu dieser Organisation zu festigen, die unter Jugendlichen einen ziemlich großen Einfluß habe.

Auch die "Union der Freiheit" Litauens zeigt gegenüber der DAPL größeres Wohlwollen als dies die gemäßigten rechten Parteien tun. Ihr Vorsitzender, V. Šustauskas, betonte, daß er "vor den Roten weniger Angst habe als vor den Braunen" (gemeint sind hier die DAPL und die KL).¹ Nach seiner Überzeugung haben die Politiker, die die Macht unmittelbar nach der Unabhängigkeit Litauens übernommen haben, dem Land mehr Schaden zugefügt als die heutige Führung.

Die Sympathien, die sich die DAPL und die erwähnten radikal rechten Parteien manchmal gegenseitig bekunden, veranlassen zu einer eingehenden Analyse dieser Erscheinung. Dies ist um so notwendiger, als ähnliche und noch markantere Phänomene dieser Art in Lettland nach den Parlamentswahlen 1995 zu beobachten sind. Steht dahinter der grenzenlose Wille zur Macht, der die ideologischen Unterschiede und die im Westen üblichen demokratischen Spielregeln mißachtet? Oder gibt es auch andere Motivationen? Zwar weisen die Kommentatoren, die die DAPL scharf attackieren, darauf hin, daß die radikal rechten Kräfte ihre Erfolge, insbesondere in Kaunas, nicht auf Kosten der linken Parteien, sondern auf Kosten der gemäßigt rechten Parteien erzielt hätten. Den Konservativen Litauens und ihren führenden Politikern wird vorgeworfen, daß sie "überall nur Feinde und Intrigen sähen". Der Einfluß der DAPL im Staate sei auch infolge einer nicht durchdachten radikalen Politik der KL entstanden, "die vom Haß gegenüber Andersdenkenden durchdrungen" sei. Von ihren Kritikern wird die KL ermutigt, ihren Kurs aufzugeben: "Im Lande fühlen sich diejenigen politischen Kräfte immer wohler, die besser als die Konservativen nach Feinden suchen und sie auch finden können. Nützt es den Konservativen, noch ein Monster zu schaffen - diesmal auf der rechten Seite?"²

Diese Überlegung ist begründet. Allerdings schöpfen die radikal rechten Kräfte ihre Wählerstimmen nicht nur unter den bisher gemäßigt rechts wählenden Litauern, sondern auch unter den Anhängern der DAPL, die von den Realitäten enttäuscht sind.

4. Das Problem des Antisemitismus

Die Beziehungen zum jüdischen Volk sind von der Tragödie überschattet, die sich in Litauen Mitte

1 R. Sakalauskaite, in: Lietuvos rytas, 18.8.1995.

2 R. Valatka, in: Lietuvos rytas, 10.6.1995.

des 20. Jahrhundert abspielte. In Litauen gab es seit dem Mittelalter, seit den Zeiten des Großfürstentums, zahlreiche jüdische Gemeinden.

Bei der historischen Betrachtung ist jedoch eine Tendenz feststellbar, die Lebensverhältnisse der Juden in Litauen etwas zu idealisieren, indem man unterstreicht, daß es hier nie Pogrome gegeben habe. Bis vor kurzem war diese Tendenz auch mit Blick auf das unabhängige Litauen in der Zwischenkriegszeit kennzeichnend. Einen Beitrag zu einer objektiven Schilderung der Situation der Juden in Litauen in der Vergangenheit leisten manche Litauer im Exil. Ihre Beiträge belegen, daß die Juden im Laufe der zwei Jahrzehnte zwischen den beiden Weltkriegen allmählich aus dem wirtschaftlichen Leben Litauens verdrängt wurden.

Der berühmte Exilhistoriker S. Sužiedelis bemerkt: "Die aggressiv gesinnten litauischen Unternehmer verstanden unter der Modernisierung des Landes die Dominanz der Litauer in den Städten und im ökonomischen Leben; sie hielten den wirtschaftlichen Einfluß der Juden, oder wie sie diesen Einfluß selbst nannten - Tyrannei -, für das Haupthindernis auf dem Weg zu diesem Ziel." Zugleich betont er: "Rassistische Ideen waren in der politischen und kulturellen Prominenz nicht populär. ... Anders gesagt, kann man Litauen kaum als einen antisemitischen Staat definieren, obwohl der Antisemitismus als ein inneres Problem in der Zwischenkriegszeit existierte. ... Das Rechtssystem und das politische System schützte die Minderheiten vor den extremen nationalistischen Instinkten. Die Okkupation und der Krieg zerstörten diese Struktur - und das war die Tragödie sowohl der Juden Litauens wie aller Menschen Litauens."¹

Die Funken des Antisemitismus im Litauen der Zwischenkriegszeit wurden 1940 durch die Okkupation und Annexion erneut entfacht. Der damaligen KP Litauens gehörte eine große Zahl Juden an. Viele Juden arbeiteten in den Repressivorganen mit. Allerdings waren in der obersten Führung des annektierten Litauens nur wenige Juden. Unter den nach Sibirien deportierten Bürger Litauens war die Zahl der Juden proportional höher als die anderer Nationalitäten.² Und trotz alledem fiel es der Nazipropaganda und den hiesigen Mithelfern nach der Besetzung Litauens durch Deutschland nicht schwer, einen Teil der Litauer davon zu überzeugen, daß "Juden" und "Kommunisten" dasselbe seien, daß sowohl die einen als auch die anderen zu vernichten seien.

In den Jahren 1941-1944 wurde fast die gesamte jüdische Gemeinde Litauens ermordet. Von 250.000 Juden überlebten nur 5-10%. Besonders zahlreiche Mordaktionen gab es im Sommer und Herbst 1941.

Hierbei ist es notwendig, den Aufstand vom 22. Juni 1941 zu erwähnen, den die litauische Aktivistenfront (LAF) gegen die sich zurückziehende Rote Armee organisierte. Ihre Aktionen hatte die LAF mit Berlin abgestimmt. Die Aufständischen erklärten die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Litauens und bildeten eine provisorische Regierung, die aber nach einigen Wochen von Berlin aufgelöst wurde. Lokale Behörden funktionierten jedoch während der ganzen Zeit der Naziokkupation Litauens. In den von der Sowjetmacht veröffentlichten Büchern und Dokumentensammlungen wurde die provisorische Regierung als eine Nazikollaborateurin geschildert, die sich an den Massenvernichtungen der Juden in Litauen beteiligt habe. Die Autoren

1 S. Sužiedelis, in: Akiraèiai (Chicago), Nr. 4, 1995.

2 Dov Levin, Baltic Jews under the Soviets, Jerusalem 1994, S. 127.

des litauischen Exils, vor allem Zeugen und Aktivisten jener Zeit, waren entgegengesetzter Meinung: Der Aufstand sei eines der ruhmreichsten Ereignisse in der Geschichte Litauens gewesen, das die Schmach der "Kapitulation ohne einen einzigen Schuß" im Jahre 1940 weggewischt habe, und die provisorische Regierung habe mit der "Lösung" der "jüdischen Frage" nichts zu tun gehabt. Diese Einschätzung dominierte auch in Litauen seit 1989 in Litauen.

Es gab jedoch auch kritische Bemerkungen zu dieser Einschätzung. Auf der Basis von Materialien aus KGB- und anderen Archiven schrieb der Historiker V. Brandišauskas eine Dissertation über den Aufstand von 1941. Er teilt darin mit, daß in dem Programm der LAF den Juden die Beteiligung an der Zerstörung des litauischen Staates vorgeworfen und der Ursprung der Ideologie des Kommunismus beim jüdischen Volk gesucht wurde. Auch der Charakter der Juden wurde darin verurteilt. Das Gesetz zur Denationalisierung schränkte die Bürgerrechte der Juden ein: "Die enteigneten Unternehmen von Juden, Ausländern und anderen Personen, die aktiv gegen die Interessen des litauischen Volkes gehandelt haben, werden an die ehemaligen Besitzer nicht zurückgegeben. Diese Unternehmen gehen an den Bodenfonds."¹

Brandišauskas zog folgende Schlußfolgerungen: Die provisorische Regierung konnte für den Holocaust in Litauen schon deshalb nicht verantwortlich gemacht werden, weil ihre Vollmachten in Litauen sehr begrenzt waren. "Das spricht sie jedoch nicht von der Verantwortung für die diskriminierenden Gesetze frei, in denen das jüdische Volk mit der Ideologie und den Menschen gleichgesetzt wird, die den litauischen Staat zerstört haben."²

Für die Beteiligung von Litauern an der Judenvernichtung werden von Historikern mehrere Gründe angeführt. Zum einen sind es kriminelle Elemente, die für manche Verbrechen von Personen jüdischer Herkunft in den ersten Jahren der Sowjetmacht die Rache übten. Dazu sind auch die entgegengesetzten Interessen von nichtjüdischen und jüdischen Litauern unter den Bedingungen der sowjetischen Herrschaft einerseits und der nationalsozialistischen Okkupation andererseits zu erwähnen. Schließlich gab es auch einen traditionellen Antisemitismus, der während des Krieges besonders aufblühte, sowie bereits vor dem Zweiten Weltkrieg entstandene faschistische und nationalistische Stimmungen unter den Litauern, die zu antijüdischen Aktionen anspornten. Die Litauer, bemerkte der Exilhistoriker S. Sužiedelis, akzentuierten in der Regel die zuerst genannten Gründe, westliche Historiker die zuletzt genannten. Ausgehend von Augenzeugenberichten könne man noch hinzufügen, daß die Grausamkeiten und Verbrechen gegen die Juden von dem Wunsch inspiriert waren, sich der angeblichen Reichtümer der Juden zu bemächtigen.

Der bekannte Dichter und Literaturforscher und ehemalige Dissident Sowjetlitauens, T. Venclova, wagte 1993 eine radikal neue Einschätzung des Aufstandes von 1941. Venclova kam zu folgendem Schluß: "Während des Aufstands geriet Litauen nicht in das Lager der Alliierten, der Engländer und Franzosen, sondern auf die deutsche Seite. Ich glaube, das brachte und bringt Litauen noch heute mehr Schaden als Nutzen." Er kommt zu einem harten Urteil mit Blick auf das heutige Litauen: "Unsere Gesellschaft geht an diese Frage ganz einfach heran. Erstens: Jeder Antikommunist ist ex definitione ungeachtet seiner übrigen Ansichten und Taten gut. ... Bereits in der Endphase der Periode der Unabhängigkeit entstand bei uns eine ziemlich starke prodeutsche und pronazistische

1 V. Brandišauskas, in: *Akiračiai* (Chicago), Nr. 5, 1995.

2 Ebenda.

Strömung, deren Anhänger eine wichtige Rolle in der LAF spielten. Diese Personen orientierten sich nicht nur an Deutschland, sondern genossen auch seine Unterstützung, anders gesagt, sie waren Deutschlands Agenten, obwohl sie sich selbst vielleicht gar nicht für solche hielten. ... Die litauischen Pronazis haben auf keinen Fall verheimlicht, daß es ihr Ziel war, nicht nur die Unabhängigkeit wiederherzustellen, sondern auch im unabhängigen Litauen eine ethnische und rassische Säuberung durchzuführen. Könnte ein anständiger Mensch in einem solchen Litauen leben? Die Frage bleibt offen. Das Programm der Säuberung wird klipp und klar in den Flugblättern dargelegt."¹

Bisweilen hört man auch in Litauen Stimmen, die den Aufstand von 1941 verurteilen. Der sozialdemokratische Parlamentsabgeordnete V. Plečkaitis betonte, daß jener Aufstand und die provisorische Regierung, die den Aufstand leitete, "nicht nur antisowjetisch war, sondern auch leider unter dem Einfluß der Naziideologie stand." Die von ihr gemachten antijüdischen Erklärungen "machen sie gegenüber dem jüdischen Volk im höchsten Grad verantwortlich. Es ist unmöglich, das zu rechtfertigen. ... Die provisorische Regierung übernahm die gesamte Verantwortung für alles, was in Litauen geschah, bis die Nazis das Land ganz besetzten. Auch für die gegen die Juden eingeleiteten Pogrome, für ihre Ermordung und den Raub an ihrem Besitz." Mit Blick auf die Gegenwart gab Plečkaitis zu bedenken: "Erscheinungen antisemitischer Politik, die in den Aktivitäten der Führung mancher radikalen Parteien zu beobachten sind, schaden direkt den Interessen des litauischen Staates."²

Die Positionen eines Venclova und eines Plečkaitis sind in der öffentlichen Diskussion Litauens allerdings eher Ausnahme als Regel. Vorherrschend ist der "Mythos über das glückliche Leben der Juden im Litauen der Vorkriegszeit."³ Einerseits versucht man die antijüdischen Erlasse und Flugblätter des Aufstandes von 1941 zu rechtfertigen und andererseits zu beweisen, daß ein Teil der Flugblätter von den deutschen Sonderdiensten verbreitet worden sei, um Judenpogrome zu provozieren.⁴

Der Einschätzung des Aufstandes von 1941 wurde hier deswegen größere Aufmerksamkeit geschenkt, weil gerade diese Debatte den Mangel an objektiver Darstellung der schmerzlichsten Episoden der litauischen Geschichte bestätigt. Diese Urteile sind beachtenswert, nicht nur als Zeugnisse für die Einstellung zu der Tragödie der Juden. Sie sind auch als Wurzeln zu sehen, die den rechten Radikalismus nähren.

Einige Historiker - sie sind eine klare Minderheit - nennen die zweite Hälfte des Jahres 1941 die blutigste Periode der litauischen Geschichte. Ohne jeden Gerichtsprozeß wurden im Laufe von einigen Monaten etwa 100.000 Menschen ermordet. Erstmals hörte man eine solche Einschätzung von Exillitauern in den USA. In breiten Kreisen der litauischen Gesellschaft ist eine solche Ansicht nicht nur fast unbekannt; sie würde auch - wenn sie bekannt würde - auf eine sehr eifrige Kritik stoßen, weil dem Volk, das vor kurzem die Freiheit wiedergewonnen hat, vor allem seine eigenen Wunden weh tun - Deportationen und der Widerstand in der Nachkriegszeit.

Seit 1990 fängt man in Litauen an, die sogenannten "Archive Litauens" neu aufzulegen, die während

1 Tomas Venclova, in: Metmenys (Chicago), Nr. 67, 1994, S. 35-38.

2 V. Plečkaitis, in: Lietuovs rytas, 4.7.1995.

3 J. Bluvšteinas, in: Lietuvos aidas, 13.10.1994.

4 S. Jegelavičius, in: Lietuvos aidas, 18.8.1995.

des Zweiten Weltkriegs von den mit den Deutschen kollaborierenden Litauern unter der Aufsicht der Berliner Machthaber und der hiesigen Behörden herausgegeben wurden. Darin wurden die in die Hände der Deutschen und Litauer geratenen sowjetischen Geheimdokumente, Akten und Aussagen von Augenzeugen veröffentlicht. Das Archiv, das 50 Jahre lang vor der Öffentlichkeit geheimgehalten worden war, hat zweifelsohne historischen Wert. Manche Dokumente der Front der Aktivisten Litauens (LAF), die heute in aller Ausführlichkeit veröffentlicht werden, sind den Publikationen der "Archive Litauens" ähnlich.

Im Aufruf an die Einwohner des Landes vom 19. März 1941 steht unter anderem: ..."Die Stunde der Befreiung Litauens ist bald da. Gleich nach dem Beginn des Marsches aus dem Westen werden Sie im selben Augenblick per Rundfunk oder auf andere Weise darüber informiert... Sofort sind die örtlichen Kommunisten und andere Verräter Litauens zu verhaften, damit keiner von ihnen der Strafe für seine Handlungen entgeht. Den Verrätern wird erst dann verziehen, wenn sie wirklich beweisen können, daß sie wenigstens einen Juden liquidiert haben... Informieren Sie schon jetzt die Juden, daß ihr Schicksal klar ist; darum soll jeder, der kann, schon jetzt Litauen verlassen..."¹

Am Vorabend des Israel-Besuchs des Präsidenten schlug die Mehrheit des Seimas - die DAPL - vor, eine Erklärung "zu Erscheinungen von Rassismus, Xenophobie, Antisemitismus und Intoleranz" zu verabschieden. Die Debatte über diesen Antrag zog sich im Seimas über mehrere Tage hin. In der Diskussion spiegelte sich sowohl die Einstellung zum Antisemitismus, zur Bewertung der Vergangenheit als auch der Kampf zwischen den Parteien wider.

Der Abgeordnete der Tautininkai (Nationalistische Partei), L. Milėius, schlug vor, den Begriff "Antisemitismus" zu streichen, weil "für Litauen Antisemitismus überhaupt nicht charakteristisch ist". Die Vertreterin des rechten Flügels, Z. Šlicyte, sagte, man müsse in die Erklärung die Forderung miteinbeziehen, daß "Israel die Mittäter des Genozids am litauischen Volk an Litauen ausliefert". Ohne die Einbeziehung dieser Forderung "würden wir uns erniedrigen und unseren Staat demütigen".

Der fraktionslose Abgeordnete J. Veselka, ehemaliger Minister in der Regierung der DAPL, fragte: "Warum verurteilen wir nicht gesondert die antideutschen, antilitauischen oder antizigeunerischen usw. Ansichten?... Warum eine solche Ungerechtigkeit und Ungleichheit? Da braucht wohl jemand eine solche Erklärung, weil er gerne schmeicheln und gefällig sein möchte, um für die Demütigung Litauens ein paar Dollar zu bekommen. Im unabhängigen Litauen gab es während dieser ganzen Zeitperiode keinen Antisemitismus, und es wird ihn auch nicht geben."

Die Abgeordneten der regierenden DAPL polemisierten mit diesen Aussagen. Der Abgeordnete A. Gričius, der die Deklaration vorgelegt hatte, unterstrich: "Als Litauer empfinde ich ein Schuldgefühl wegen mancher Litauer, die sich an der Vernichtung der Juden beteiligt haben." Ein anderer DAPL-Abgeordneter, V. Astrauskas, gab folgende Erklärung: "Ich habe selbst mit eigenen Augen gesehen, wie Menschen, die als gute Bauern und anständige Bürger galten, (während des Kriegs) die Juden durch die Straßen trieben, mit Lastwagen Kinder und Greise transportierten, ... Menschen mißhandelten. Ich glaube, hierin liegt unsere wirkliche Tragödie, und wir dürfen das nicht vergessen. Wenn wir den Antisemitismus in die Deklaration nicht einbeziehen, dann ist es dasselbe,

1 In: Laisvų kovų archyvai, Bd. 11, Kaunas 1994, S. 185.

als wenn wir nochmals unterschreiben würden, was sie angestellt haben. Und daß es auch jetzt Mörder gibt, daß sie auftauchen können, darüber gibt es keinen Zweifel. Dazu braucht man nur Chaos, einen bestimmten Moment. Sie tauchen unter den Menschen auf. Also, eine Warnung und ein Gelöbnis und eine wiederholte Verurteilung sind nötig."

Die Deklaration wurde mit den Stimmen der DAPL und der Sozialdemokraten verabschiedet. Die meisten Abgeordneten der Oppositionsparteien nahmen an der Abstimmung nicht teil oder enthielten sich der Stimme.

Bereits unmittelbar nach der Erklärung der Unabhängigkeit Litauens hatte der Oberste Rat am 8. Mai 1990 eine Deklaration verabschiedet, in der die Beteiligung der Litauer an dem Genozid bedauert wurde und der Genozid während des Zweiten Weltkriegs verurteilt wurde. Eine Reueerklärung gab auch Ministerpräsident G. Vagnorius 1992 ab. Und Ministerpräsident A. Šleževičius entschuldigte sich während seines Besuchs in Israel für die Beteiligung "von hunderten von Litauern" an der Ermordung von Juden.

Anfang Februar 1995 fand der erste Besuch eines litauischen Präsidenten in Israel statt. In seiner Parlamentsrede sagte Präsident Brazauskas vor den israelischen Abgeordneten: "Ich, der Präsident Litauens, beuge mein Haupt im Gedenken an über 200.000 ermordete Juden Litauens. Ich bitte Sie um Entschuldigung wegen der Litauer, die gnadenlos Juden töteten, sie erschossen, verbannten, beraubten. Das sind schwere und nicht leicht auszusprechende Worte. Sie sind nicht nur für Israel und Juden notwendig, sie sind auch für Litauen und für die Litauer notwendig."¹

Diese Erklärung wurde sowohl in Israel als auch international sehr positiv aufgenommen. Es gab aber in Jerusalem Zweifel, ob diese Entschuldigung in Litauen selbst verstanden und angenommen wurde.

Die Zweifel waren nicht unbegründet. Die Rede des Präsidenten in der Knesset wurde sehr unterschiedlich aufgenommen. Die meisten Kommentare, insbesondere in den Zeitungen, die den rechten Parteien nahestehen, lehnten die Entschuldigung ab. Einige bekannte Persönlichkeiten aus dem Kulturbereich sprachen sich ebenfalls gegen die Entschuldigung des Präsidenten aus. Allerdings gab es in den Massenmedien auch zustimmende Erklärungen. Charakteristisch ist jedoch die Tatsache, daß viele berühmte Künstler, Wissenschaftler, die vor einem geschlossenen Auditorium diesen Schritt des Präsidenten hoch eingeschätzt hatten, es ablehnten, dies auch öffentlich zu tun.

Die Hauptargumente gegen die Erklärung von Präsident Brazauskas waren folgende:

- Die Entschuldigung sei kein Ausdruck des guten Willens, sondern das Resultat des Drucks von Israel und jüdischen Organisationen gewesen.
- Der Präsident habe weder nach der Verfassung noch nach anderen Gesetzen die Vollmacht, sich im Namen des ganzen Volkes zu entschuldigen.
- Das Bekenntnis der moralischen Verantwortung für die Beteiligung der Litauer am Genozid stelle Litauer der ganzen Welt gegenüber als ein "Volk der Mörder" vor.
- Die Entschuldigung sollte in beide Richtungen gehen: Die Juden sollten sich für ihre Beteiligung an den Repressalien zur Zeit der sowjetischen Herrschaft entschuldigen.
- Die Entschuldigung habe einen umgekehrten Effekt: Es gebe jetzt offenen Antisemitismus, den es nicht gegeben habe, bevor Brazauskas Israel besucht habe.

¹ Diena, 3.3.1995.

- Israel und die jüdischen Organisationen würden nach diesem Besuch Ansprüche, insbesondere auf die Rückgabe ihres Eigentums, erheben.

Andererseits ist es jedoch bemerkenswert, daß die größten Oppositionsparteien sich nicht offiziell gegen die Erklärung des Präsidenten aussprachen. Einige haben sie sogar - zwar sehr reserviert - unterstützt.

In diesem Zusammenhang sind die Beurteilungen in dem jüngsten Bericht des Außenministeriums der Vereinigten Staaten "Country reports on human rights practice for 1994" beachtenswert. Darin steht unter anderem: "Die Tatsache, daß die Regierung über 50.000 wegen antisowjetischer Verbrechen in der Stalin-Zeit verurteilte Personen rehabilitiert hat, war der Grund dafür, daß 1991 Berichte erschienen, daß einige Rehabilitierte Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Zeit der Nazibesatzung begangen hätten."¹ Weiter heißt es in dem Bericht: "Die jüdischen Führungspersonlichkeiten haben sich an die offiziellen Institutionen wegen einer besseren polizeilichen Bewachung der jüdischen Friedhöfe in Kaunas, Vilnius und Kalvarija gewandt, die zum Objekt eines wachsenden Vandalismus und von Diebstählen geworden sind."²

Nach der Unabhängigkeitserklärung hatten die litauischen Behörden in Eile Personen rehabilitiert, die wegen ihres Widerstandes gegen das sowjetische Okkupationsregime unterdrückt worden waren. Verantwortlich für diesen Schritt waren das Oberste Gericht und die Generalstaatsanwaltschaft. Einen großen Einfluß auf die Regierung hatten jedoch auch die rechtsgerichteten Parlamentsabgeordneten ausgeübt. E. Zingeris, Abgeordneter der damals regierenden "Sajudis"-Koalition, schlug vor, daß jeder Rehabilitationsfall vor einem ordentlichen Gericht behandelt werden sollte, damit kein an Verbrechen gegen die Juden Beteiligter rehabilitiert würde. Dieser Vorschlag wurde jedoch nicht beachtet. Täglich wurden einige hundert Personen rehabilitiert, ohne in der Eile die einzelnen Fälle zu überprüfen.

N. Germanas, der Leiter der Gruppe zur Erforschung des Genozids an Juden und für die Beziehungen zu Israel und Kanzler des Seimas, betonte, daß das Problem der Beurteilung der Vergangenheit und der Beziehungen zu den Juden nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit aufs neue aufgetaucht sei. Er meinte, "die ehemalige Führung behauptete, daß dieses Problem gar nicht existiert." Erst nach der Wahl von A. Brazauskas zum Präsidenten "begann die offizielle Führung, von den Problemen, die in der Vergangenheit existierten, zu sprechen. In der vom Präsidenten vorgelegten Ergänzung zum Gesetz ist ein Mechanismus vorgesehen, wie die früheren Entscheidungen wegen der rechtswidrigen Rehabilitation rückgängig gemacht werden können."³ Im Herbst 1995 verabschiedete der Seimas ein Gesetz, in dem die Prozedur beschrieben wird, wie ein früherer Rechtsspruch zur Rehabilitation für ungültig erklärt werden kann.

Zu dem zweiten Problem, das in dem Menschenrechtsreport des amerikanischen Außenministeriums erwähnt wird, gab es in der litauischen Presse zahlreiche Mitteilungen und Kommentare. Über die Schändung von 26 Grabsteinen auf dem jüdischen Friedhof in Kaunas ausgerechnet am Vorabend des Israel-Besuchs des Präsidenten wurde viel geschrieben. Einige Tage später wurden zwei verdächtige Personen festgenommen, die in der Nähe des Friedhofs wohnen. Sie gaben zu, daß sie

1 In: Country reports on human rights practice for 1994, Washington 1995, S. 879.

2 Ebenda.

3 Ebenda, S. 880-881; R. Sakalauskaite, in: Lietuvos rytas, 26.7.1995.

die ihnen zur Last gelegten Taten im betrunkenen Zustand begangen hatten.¹ Die Grabschändungen hörten jedoch nicht auf. Später wurden fünf Gräber auf dem jüdischen Friedhof in Vilnius mit gelber Farbe bestrichen. Auf einen Grabstein stand geschrieben: "Juden raus". Die jüdische Gemeinschaft bewertete diese Schändung als einen antisemitischen Vorfall.² Der Führer der Partei der Konservativen, V. Landsbergis, reagierte auf die Vorfälle, indem er eine Anspielung darauf machte, daß der KGB in dieser Sache seine Hand im Spiel haben könnte.³

Der an der Universität von Cambridge lehrende J. Steinberg, der sich einige Wochen in Litauen aufhielt, bemerkte, daß er sich nach einer gewissen Zeit in Vilnius zu ärgern begonnen habe: "Nicht deswegen, weil ich Jude bin, sondern wegen der allgemeinen Paranoia in Vilnius, deren eine Erscheinung der Antisemitismus ist."⁴ In einem Artikel beschrieb Steinberg beunruhigende Ereignisse aus der Geschichte und Gegenwart der Juden Litauens. Seiner Meinung nach hatte das in den Jahren 1990/1991 einheitliche Litauen seine Einheit verloren - keiner glaube jemandem. Daraus zog Steinberg seine Schlußfolgerungen: "Das sowjetische System, das noch nicht ganz zusammengebrochen ist, nähert sich seinem Ende, indem es seine Giftstoffe als Fäulnis über das ganze gesellschaftliche Leben Litauens verbreitet. Antisemitismus wie auch radikaler Nationalismus gedeihen in Fäulnis. Offenheit im gesellschaftlichen Leben und in seinem Umfeld und Reinigung der Informationskanäle sind sehr viel schwieriger als das sichtbare Stoppen des physischen Fäulnisprozesses."⁵

Dieser Artikel fand sowohl in Litauen als auch in der litauischen Emigrationspresse in den USA viel Beachtung. Dem Autor wurde die Entstellung von Tatsachen und ein totales Mißverstehen der Situation in Litauen vorgeworfen. Allerdings verdienen seine Beobachtungen Beachtung. In einer Atmosphäre von Unsicherheit und Verdächtigungen, in der sich das verständliche Wetteifern zwischen den Parteien zu einem ideologischen Kampf entwickelt, der Lebensstandard der Mehrheit der Bevölkerung sinkt, der Einfluß der Vergangenheit und eine gewisse Nostalgie zu spüren sind, wird ein günstiger Nährboden für radikalen Nationalismus und Antisemitismus vorbereitet, auf dem Radikalismus und Aggressivität gedeihen. In einer solchen Atmosphäre haben auch solche inneren und äußeren Kräfte größere Chancen, die an der Anheizung solcher Erscheinungen interessiert sind.

Das Parlamentsmitglied E. Zingeris ist der Meinung, daß die Einstellung zum Antisemitismus und zu den Juden ein Prüfstein ist: "Das Nichtdulden der wohl wenigen Antisemiten und die Sensibilität für dieses Problem sind Zeichen für die wachsende Reife der Litauer. Jedoch fehlt es hier an der bei den Menschen im Westen anzutreffenden Empfindsamkeit für Erscheinungen in der Geschichte, die nach meiner Meinung antisemitisch und antihuman sind."⁶

Der Schriftsteller M. Zingeris ist der Auffassung, daß der Geist des Antisemitismus sich aus der Flasche befreien könnte, wenn die ökonomische Lage schlechter werde und die Juden zum Sündenbock gemacht würden.⁷

1 D. Paštuoliene, in: Lietuvos rytas, 15.2.1995.

2 Diena, 5.8.1995.

3 Lietuvos aidas, 8.8.1995.

4 J. Steinberg, in: Newsday (New York), 18.12.1994.

5 Ebenda.

6 Lietuvos aidas, 10.3.1995.

7 Radio Free Europe, Sendung in litauischer Sprache, 6.5.1995.

In einigen Tageszeitungen, insbesondere in "Respublika", der zweitgrößten Tageszeitung, wird der Versuch gemacht, den Eindruck von einem "Komplotz der Juden" zu wecken. Insbesondere wird über ein angeblich von Juden organisiertes und geführtes kriminelles Netz geschrieben. Besonderes Interesse rief in der Gesellschaft der Prozeß gegen B. Dekanidze hervor, der jüdischer Abstammung war. Er wurde beschuldigt, den Befehl gegeben zu haben, den stellvertretenden Chefredakteur der "Respublika", V. Lingys, zu erschießen. Dekanidze wurde zum Tode verurteilt, und das Urteil wurde vollstreckt. Unabhängige Juristen unterstreichen, daß es an Beweisen gefehlt habe, die das Todesurteil gerechtfertigt hätten. Doch der Druck der Öffentlichkeit sei so stark gewesen, daß es unmöglich gewesen sei, ein anderes Urteil zu fällen. Man muß hier allerdings betonen, daß die Abstammung von Dekanidze nicht akzentuiert wurde. Die Empörung der Menschen wegen der Ermordung des Journalisten richtete sich hauptsächlich nicht gegen die Juden, sondern gegen die Mafia.

Manche extreme und unbegründete Erklärungen, die in Israel abgegeben werden, beeinflussen die Stimmung der Gesellschaft in Litauen. In diesen Erklärungen werden die Litauer bisweilen allgemein der Verbrechen während des Krieges beschuldigt, und es wird behauptet, in Litauen herrsche totaler Antisemitismus und die Juden würden gedrängt, nach Israel auszuwandern.

Als positive Tatsache ist festzustellen, daß jetzt erstmals die Vernichtung der Juden in litauischen Schulbüchern thematisiert wird. In einem Lehrbuch für die unteren Klassen, das vom Ministerium für Bildung und Wissenschaft begutachtet wurde, steht unter anderem: "Leider waren an der Vernichtung der Juden auch Litauer beteiligt. Aus materiellen Gründen arbeiteten sie mit den Nazis zusammen und folgten blind all ihren Befehlen. Die Faschisten ermordeten mit Hilfe lokaler Mörder 200.000 Juden. Aber es gab viel mehr Litauer, die aus Nächstenliebe auf verschiedene Weise Juden halfen, für sie Fürsprache einlegten und sie gegen die Deutschen verteidigten."¹

5. Charakteristische Merkmale des politischen Lebens in Litauen

Die Massenmedien als "vierte Gewalt" attackieren die regierende Partei, die Regierung und den Präsidenten sehr scharf und oft sogar wütend. Viel nachsichtiger zeigen sich die Journalisten gegenüber den oppositionellen Parteien. Doch erscheinen in der Presse auch kritische Bemerkungen über die rechtsgerichtete Opposition.

Die größte Tageszeitung "Lietuvos rytas" widmete ihren Leitartikel dem Gedenken an den 14. Juni, den Tag erster Deportationen in die Sowjetunion im Jahre 1941. In dem Artikel wurde darauf hingewiesen, daß auf der Kundgebung in Vilnius der Seimas-Abgeordnete J. Listavičius folgende Bemerkung machte: "Vor fünf Jahren wurde Litauen unabhängig, aber frei ist es auch heute nicht."² Auf der Kundgebung wurde mit Bedauern zur Kenntnis genommen, daß nicht viele Menschen gekommen waren. Der Vorsitzende von "Sajudis" war empört, daß das Ministerium für Bildung und Wissenschaft die Schüler nicht zur Kundgebung aufgerufen hatte.

Dazu hieß es in dem Kommentar von "Lietuvos rytas": "Unter der dünnen Schale der Rechten versteckt sich noch die linke Nostalgie nach der Sowjetzeit, als 'Partei und Regierung' die hun-

1 J. Pumputis, Lietuvos istorija, Vilnius 1995, S. 62.

2 Lietuvos rytas, 16.6.1995.

dertprozentige Beteiligung an allen kommunistischen Feierlichkeiten garantierten." Weiter erinnerte der Leitartikel daran, daß nur drei Jahre vergangen seien, nachdem auf den Kundgebungen von "Sajudis" vor dem Parlament "ein großer Teil der Nation 'ein Haufen von Hunden' genannt wurde, als die V. Landsbergis treue Menge in Anwesenheit der Polizei die ihr nicht sympatischen Parlamentsmitglieder schlug und auf sie spuckte, als die Aggressivität der Menge einen Grad erreicht, daß noch ein Schritt in dieser Richtung bereits die Diktatur der Menge bedeutet hätte." Daraus wurde im Leitartikel der "Lietuvos rytas" der Schluß gezogen, daß der normale Bürger den Ort meidet, wo blinder Haß herrscht, und die Politiker wurden ermutigt, die Kunst des Kompromisses zu lernen.¹

Aus nachvollziehbaren Gründen halten die Menschen, die in Zeiten der Sowjetmacht unterdrückt worden waren, die Regierung der DAPL für rechtswidrig. Der Präsident der Union der politischen Häftlinge und Deportierten, B. Gajauskas, erklärte auf einer Tagung dieser Organisation: "Wir haben das größte Recht, zu regieren und Einfluß auf die Regierung, den Seimas und das ganze gesellschaftliche Leben auszuüben." Nach seiner Meinung regieren in Litauen die Kommunisten, die kein Recht dazu haben: "Regieren sollen die Erben der politischen Häftlinge und Deportierten."²

In der letzten Zeit, insbesondere seit Herbst 1995, warnen einige Politiker der rechtsgerichteten Parteien vor möglichen Provokationen. Sie betonen, daß ihre Parteien nicht durch Gewaltanwendung, sondern auf dem parlamentarischen Wege die Macht übernehmen möchten. V. Landsbergis registriert besorgt, daß in einigen Zeitungen intensiver zur Suche nach der "starken Hand" ermutigt wird. Er sagt voraus, daß die DAPL "vor der herannahenden Machtübergabe" nach den Seimas-Wahlen "in Panik gerät". In solch einer Situation ist nach Meinung von Landsbergis "ein kleiner künstlicher Staatsstreich möglich, den sie selbst inszenieren oder ausnützen würde." Solch ein Chaos und "ein inszenierter künstlicher Staatsstreich der 'Rechten'" und als Alternative dazu "die entschlossene Diktatur der Linken zur Rettung der Demokratie würde das imperiale Moskau höchst erfreuen." Das würde Litauen weit nach Osten zurückwerfen und "mit den Händen seiner eigenen Kinder dem Westen entfernen."³ Landsbergis betont auch, daß für solch ein Szenario "der sogenannte rechte Extremismus dienlich sein könnte, hinter dem allzuoft KGB-Ohren stecken."⁴

Litauische Exilhistoriker, wie der erwähnte S. Sužiedelis, weisen darauf hin, daß die nach 1990 geschriebene Geschichte Litauens wieder ziemlich einseitig ist, sie ist sogar "mystifiziert, sakralisiert".⁵ Nach seiner Meinung setzen viele Menschen die Geschichte mit dem Gedächtnis der Nation, mit Erlebnissen und Emotionen gleich, wobei Tatsachen und Dokumente nicht beachtet werden. Auf diese Weise wird die Geschichte des eigenen Volkes schön, heldenhaft und die der anderen, insbesondere der feindlichen Völker, unattraktiv und abstoßend.

Die Einseitigkeit der litauischen Geschichtsbetrachtung bemerken auch die Nachbarn Litauens. Der polnische Historiker und Publizist Michail Szporer schreibt dazu beispielsweise: "Es gab in Litauen sehr wenige ernsthaft begründete Diskussionen über die Kriegsjahre und den Holocaust. Bis jetzt

1 Ebenda.

2 V. Gustaityte, in: Lietuvos rytas, 5.6.1995.

3 V. Landsbergis, in: Lietuvos aidas, 15.8.1995.

4 V. Landsbergis, in: Darbininkas (New York), 27.10.1995.

5 L. Šabajevaite, in: Diena, 15.7.1995.

bietet die Geschichtsschreibung ein entstelltes und ziemlich selektives Bild an."¹

6. Stimmen zu territorialen Problemen

Meinungsumfragen zeigen, daß 46% der Befragten in Litauen 1991 auf die Frage, ob "gewisse Territorien der Nachbarländer uns gehören sollten", eine positive Antwort gaben. 1992 antworteten auf dieselbe Frage 35% mit Ja. Es ist anzunehmen, daß heute der Prozentsatz der nach einer Erweiterung der Grenzen Litauens Strebenden weniger groß sein würde. Dazu hat die Tatsache beigetragen, daß sich die Regierung der Litauischen Republik seit Ende 1992 entschieden von jeglichen territorialen Ansprüchen distanziert hat und sich aktiv an der Arbeit des "Stabilitätspaktes" der Europäischen Union beteiligt. Die Beziehungen zu Rußland, Polen und Weißrußland sind gänzlich normalisiert. Mit allen diesen Staaten wurden Verträge über gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit unterzeichnet, in denen die territoriale Integrität und die Unantastbarkeit der Grenzen fixiert wurde.

Trotzdem geben sowohl politische Parteien als auch gesellschaftliche Organisationen nicht selten Erklärungen ab, in denen offen oder verschleiert territoriale Ansprüche formuliert werden. Sie werden von einer "lärmenden Minderheit" unterstützt oder gar enthusiastisch begrüßt.

Nachdem am 6. Februar 1995 die Präsidenten Litauens und Weißrußlands den Staatsvertrag unterzeichnet hatten und zum ersten Mal in der Geschichte der beiden Staaten in beiderseitigem Einvernehmen die Staatsgrenze festgelegt wurde, gab die "Union der Nationalisten Litauens" eine Erklärung ab, die diesem Vertrag widersprach. Darin heißt es unter anderem: "Die einzige und bis jetzt gültige Rechtsakte, die die östliche Staatsgrenze der Litauischen Republik festlegt, ist der am 20. Juli 1920 zwischen Litauen und Rußland unterzeichnete Friedensvertrag, und die in diesem Vertrag festgelegte litauisch-russische Grenze ist de jure bis jetzt die östliche Staatsgrenze der Litauischen Republik."²

Am 20. August 1994 verbreitete die "Union der Šauliai Litauens" eine Erklärung. Darin heißt es: "Bald werden Vertreter Litauens und Weißrußlands über die Zugehörigkeit litauischer Erde 'verhandeln'. Es entsteht wieder die Gefahr, einen Teil des Territoriums zu verlieren. Die Mitglieder der "Union der Šauliai Litauens" fordern, daß die offiziellen Vertreter der Litauischen Republik kein litauisches Land verschenken, weil es Eigentum der Nation ist. Falls es unmöglich ist, die territoriale Integrität unseres Landes auf dem Wege von Verhandlungen zu schützen, so werden die Šauliai als Vertreter der Nation sie mit ihren eigenen Mitteln gegenüber den Weißrussen und den extremistischen Polen verteidigen." Übrigens wurde diese militante Erklärung einer paramilitärischen Organisation in den größeren Zeitungen des Landes nicht veröffentlicht.

Einen ähnlichen Rummel veranstalteten die rechten Kräfte auch Anfang 1994 vor der Unterzeichnung des Staatsvertrages mit Polen. Verschiedene Organisationen, Parteien, Stadt- und Bezirksräte schickten Erklärungen an die führenden Politiker des Landes, in denen sie forderten, den "verräterischen", für Litauen "unnützen" Vertrag nicht zu unterzeichnen. In diesem Fall unterstrich man nicht territoriale Ansprüche, sondern forderte "die Verurteilung der Besetzung des Vilniuser

1 M. Szporer, in: Atgimimas, 17.5.1995.

2 Europos lietuvis, Nr. 8, 18.-24.2.1995.

Gebietes von 1920 bis 1939 durch Polen." Nationalistische und militante Ansichten spiegelten sich in diesem Fall wie auch bei der Entschuldigung Litauens gegenüber Israel in den Massenmedien Litauens deutlich wider.

Es sei daran erinnert, daß bei der Festlegung der staatlichen Beziehungen zu Rußland, also anläßlich der Unterzeichnung des Staatsvertrages zwischen der Litauischen Republik und der Russischen Sozialistischen Föderativen Republik am 29. Juli 1991, es auch eine ziemlich lärmende Propaganda gegeben hatte. Sie war aber seinerzeit etwas weniger groß als später bei der Verhandlung über die Beziehungen mit Israel, Polen oder Weißrußland, weil die Regierung 1991 in der Hand der Rechten war.

Doch auch damals schon beschuldigte die Union "Junges Litauen" die Regierung der Republik, durch die Unterzeichnung des Vertrages mit Rußland das Kaliningrader Gebiet als russisches Territorium anerkannt zu haben. Die Union verlangte, "die Anerkennung des Gebietes als Teil Rußlands zu widerrufen und die Frage einer Übergabe des Gebietes an Litauen auf internationaler Ebene aufzuwerfen."

In politischen Kreisen der litauischen Emigration, besonders in den USA und in Kanada, wirkt die Widerstandsbewegung "Klein-Litauen". Sie propagiert die Idee, daß das Kaliningrader Gebiet als ethnisch litauisches Land ein untrennbarer Bestandteil des Staates Litauen sei. Nachdem der litauische Staat die Unabhängigkeit wiedergewonnen habe, solle er sich nun bemühen, das Gebiet mit Litauen zu vereinigen. Nicht nur unter dem Einfluß der Exillitauer diskutierten viele Politiker und Wissenschaftler des rechten Flügels in litauischen Massenmedien und auf Konferenzen, besonders in den Jahren 1990-1992, immer lauter und ausführlicher über die "Rückgabe" des Kaliningrader Gebietes an Litauen. Sie stützten sich darauf, daß die Potsdamer Konferenz das ehemalige Ostpreußen der Sowjetunion und Polen nur vorübergehend zur Verwaltung übergeben habe. Daraus wurde gefolgert, daß die Welt gespannt darauf warte, daß Vilnius den Vorschlag zur Einberufung einer internationalen Konferenz unterbreite, bei der die "Übernahme" des Gebietes von Rußland besprochen werden sollte. Die einen forderten, daß das Gebiet allein an Litauen fallen sollte, andere wollten es zwischen Litauen, Rußland und Deutschland "aufteilen". Seinerzeit war es äußerst kühn und unpopulär, eine andere Meinung zu äußern.

Die Führung der Konservativen Litauens gibt seit Anfang 1994 ziemlich klare Prognosen über die Zukunft des Kaliningrader Gebietes ab. Sie hofft, daß das Gebiet sich allmählich zu einem souveränen vierten baltischen Staat entwickeln kann. Wenn Moskau in diesem Gebiet weiter künstlich Militär halte, sei dies, so Landsbergis, gleichbedeutend mit Rußlands Widerstand gegen eine natürliche Entkolonisierung des Gebiets bzw. seine Befreiung. Litauen solle die Frage der Entmilitarisierung des Gebietes aktiver stellen und keine Angst vor Spekulationen haben, in diesen Vorstellungen spiegelten sich territoriale Ansprüche wider. Es sei für Litauen nützlicher, einen kleinen, freundschaftlich verbundenen Staat als Nachbarn zu haben.

Noch kategorischer äußert sich über die Zukunft des Kaliningrader Gebietes der Vorsitzende der Verwaltung der Zentrumsunion, Romualdas Ozolas. Ozolas gehörte in den letzten Jahren zu den fünf populärsten Politikern Litauens. Im Sommerlager der "Liga der jungen Konservativen" sagte er: "Durch das Erstarken der Positionen Deutschlands oder Polens im Kaliningrader Gebiet würde die

Destabilisierung Europas und sogar die Kriegsgefahr zunehmen. Der einzige, für alle annehmbare Ausweg wäre, dieses Gebiet an Litauen abzutreten. Das würde die Situation in Europa in Richtung Stabilität ändern... Die einzige Frage ist, ob die Politiker Litauens wagen werden, darüber zu reden."¹

Äußerungen, wie die von Ozolas, sind gewöhnlich bei den rechten Radikalen zu hören. Die Stellungnahme von Ozolas zur Zukunft des Kaliningrader Gebiets wie auch zu anderen Fragen findet sogar in der von ihm geführten Partei keine starke Unterstützung.

7. Radikalismus in den militärischen und paramilitärischen Strukturen

In den Strukturen der Landesverteidigung der Litauischen Republik dienen etwa 9.000 Mann. Im Freiwilligen Landesschutz, der dem Verteidigungsministerium untersteht, sind es 10.000 Personen (davon 2.000 Berufsoffiziere und Unteroffiziere). Die Šauliai-Union vereinigt ca. 7.000 Mitglieder. Traditionell stehen diese Strukturen seit der Zwischenkriegszeit und nun wieder seit der Wiederherstellung der Unabhängigkeit unter dem Einfluß von nationalgesinnten und rechten Kräften und Parteien.

Politisch neutraler sind die Mitarbeiter der Strukturen des Innenministeriums. Diesem Ministerium ist seit 1994 auch der Grenzschutz zugeordnet. Bisweilen gelten die Mitarbeiter des Innenministeriums als Sympathisanten der Linken, weil in den Strukturen des Innenministeriums viele Fachleute seit einem Jahrzehnt oder länger arbeiten. Allerdings wurden 60 bis 70% der Polizisten erst nach Wiederherstellung der Unabhängigkeit eingestellt.

Die Presse macht darauf aufmerksam, daß die Armee in Litauen zu sehr politisiert sei, daß sie sich nicht zurückhalte. Ihre Stimme ist auch in den Fällen zu hören, in denen sie neutral bleiben sollte.

Auf der Leserbriefseite der konservativen Zeitung "Lietuvos aidas" wurde ein Appell an das Parlament veröffentlicht, der von 26 Soldaten der UNO-Friedenstruppe im ehemaligen Jugoslawien unterschrieben war. Darin heißt es: "Wir rufen den Seimas der Litauischen Republik auf, die Tschetschenen-Republik anzuerkennen und Rußland aufzufordern, die Massaker an den Tschetschenen einzustellen." Und wie es in der litauischen Presse oft vorkommt, nehmen auch die Autoren dieses Briefes in Anspruch, den "Willen des Volkes" zu kennen, und erklären dem Seimas-Abgeordneten: "Da Sie sich an den schweren Weg Litauens zur Unabhängigkeit und internationalen Anerkennung erinnern, glauben wir, werden Sie den Willen des Volkes fest und eindeutig äußern."²

Ähnliche Erklärungen gaben auch hohe Offiziere ab, als im Frühjahr 1995 der Verteidigungsminister im Rahmen des Gesetzes entlassen werden sollte. Oberst V. Tutkus, der Chef des Generalstabs, erklärte, daß eine solche Absetzung "nicht nur negative Folgen nach außen, sondern auch nach innen haben würde. In der Armee genießt unser Minister großes Ansehen, und falls sie (die Absetzung - V.P.) geschehen würde, gäbe es Unzufriedenheit." Diese Äußerungen des Chefs des Generalstabs wurden in der Presse scharf attackiert. So hieß es in einer Zeitung, nach einer solchen Erklärung "würde er in einem demokratischen Staat bereits einen ganz anderen Posten bekleiden."³

1 Lietuvos aidas, 17.8.1995.

2 Lietuvos aidas, 3.2.1995.

3 Diena, 30.5.1995.

Der Freiwillige Landesschutz (FLSD) wurde am 17. Januar 1991 nach den tragischen Ereignissen des 13. Januar in Vilnius gegründet. Damals waren in den Straßen der Stadt Panzer aufgefahen. Sowjetische Sonderabteilungen besetzten das Fernsehzentrum und den Fernsehturm. Bürger gingen auf die Straße und versuchten sich zu wehren. Bei den Zusammenstößen kamen über zehn Personen, darunter auch Frauen, ums Leben.

Die Hauptaufgaben des FLSD sind Territorialschutz und Partisanenwiderstand. Der Freiwilligendienst entspricht etwa der Home Guard in den Ländern Skandinaviens oder der Nationalgarde in den USA oder in der Schweiz. In einem kleinen Land kann eine solche Einrichtung eine große Rolle bei der Abschreckung eines potentiellen Aggressors spielen. Dabei ist darauf zu achten, daß diese Formation nicht politisiert wird und alle Landesbewohner zum Schutz des Territoriums mobilisiert - ungeachtet ihrer Nationalität und ihrer politischen Präferenzen.

Als im Juni 1940 die Rote Armee in Litauen einmarschierte, hatte die damalige Regierung die Bevölkerung aufgefordert, die Invasoren freundlich zu empfangen. Die litauische Armee gab damals keinen einzigen Schuß ab. Aus diesem Anlaß stellte der Korrespondent der "Lietuvos aidas" an die Militärs folgende Frage: "Was würden Sie tun, falls jener 15. Juni sich wiederholte?" Fast alle Militärs antworteten, daß sie sich wehren würden, auch wenn es keinen Befehl dazu gäbe. Manche Antworten waren überaus politisch. J. Meidus, der stellvertretende Brigadenleiter der größten Formation "Eiserner Wolf" führte aus: "Wir würden heftigen Widerstand leisten... Wir würden uns bis zur letzten Kugel wehren und dann einen Partisanenkrieg anfangen. Und noch etwas kann ich sagen: Wir sind Wölfe, und bei der Jagd nach Wölfen werden diese mit roten Fähnchen umzingelt. Wölfe mögen die rote Farbe nicht."¹

Einer der ganz seltenen Berichte in der Presse über neofaschistische Gruppierungen und Tendenzen war mit dem FLSD verbunden. Die größte Tageszeitung Litauens teilte in einer umfangreichen Reportage mit, daß Mitarbeiter des Departements für Staatssicherheit bei den Soldaten des 62. Bataillons des FLSD, das in Šiauliai disloziert ist, eine Durchsuchung vorgenommen haben. Die Soldaten wurden verdächtigt, der extremistischen "Union der nationalen Unabhängigkeit Litauens" anzugehören.

Diese Union war in der zweiten Jahreshälfte 1993 gegründet worden, wurde jedoch offiziell nicht registriert. Zum Leiter der Union wurde M. Murza, Kompaniefeldwebel der 623. Kompanie des 62. Bataillons des FLSD, ernannt. Auf einer Mitgliederversammlung der Union wurde beschlossen, Kriegsabteilungen zu gründen, eine Art "Auswahl zur Selbstverteidigung", die Bewaffnung für 150.000 Dollar brauchen würde. Es wurden Dienstgradabzeichen dieser Auswahl und Uniformmuster vorbereitet. Dabei wurden die litauischen Symbole mit denen des nationalsozialistischen Deutschland verbunden.

Laut Angaben der Journalisten zahlten die Unionsmitglieder bis Mitte 1995 Beitritts- und Mitgliedsbeiträge. In den Vorschriften waren vier grausame Methoden für Folter vorgesehen. In einem Protokoll der Unionversammlung wird unterstrichen: "Am wichtigsten ist es, etwa 30 Mann vorzubereiten, die sich gut prügeln können und keine Angst vor dem Sterben haben."² Insgesamt soll

1 L. Baltrukonyte, in: Lietuvos aidas, 15.6.1995.

2 L. Peleckiene, in: Lietuvos rytas, 3.6.1995.

die Union ca. 20 Mitglieder gehabt haben.

Der Bataillonsführer J. Griguola sagte dem Journalisten, er habe von der Tätigkeit der Union schon seit einem Jahr gewußt. Nach seiner Meinung waren die Unionsmitglieder "in ihren Anschauungen mehr litauisch geprägt" als andere, jedoch sei das alles nur "Kindergeschwätz" geblieben. Der Abteilungschef des Departments für Sicherheit des Šiauliai-Bezirks, S. Keserauskas, schätzte die Prinzipien und die Tätigkeit der Union jedoch anders ein: "Das ist eine profaschistische Organisation. Davon zeugt auch ihre Losung 'Litauen für Litauer'. Ihre Prinzipien gründen sich auf die Träume von einem schönen nationalen Faschismus. Wenn man eine unannehmbare Ideologie mit Krebs vergleicht, so sind Faschismus und Kommunismus die lebensfähigsten unter allen seinen Arten. In Litauen sind die einen wie die anderen anzutreffen, und in jedem demokratischen Staat ist das unannehmbar."¹

Mitglieder dieser Union organisierten eine Protestdemonstration im Zusammenhang damit, daß die Veteranen des Zweiten Weltkriegs am 9. Mai 1995 in Šiauliai des 50. Jahrestages des Kriegsendes gedachten. Diese Protestdemonstration der "Union der nationalen Unabhängigkeit Litauens" war von der Stadtverwaltung nicht erlaubt worden. Mitglieder der Union wurden auch verdächtigt, am 9. Mai Grabsteine auf dem Soldatenfriedhof in Šiauliai geschändet zu haben.²

Die konservative Presse teilte mit, daß dem Bataillonsführer eine Rüge erteilt worden sei und der Kompaniefeldwebel M. Murza auf Befehl des Ministers seines Postens enthoben worden sei. Murza und noch zwei Freiwillige seien zehn Tage in den Polizeikeller gesteckt worden.³ In dem Presseartikel bemühte man sich zu beweisen, daß die ganze Angelegenheit hochgespielt worden sei und daß die Freiwilligen als echte Patrioten Litauens, ohne schuldig geworden zu sein, bestraft wurden. Es wurde behauptet, die Entwürfe von Uniformen habe Murza noch als Schüler gemacht, als er sich für die Ideen Mussolinis interessiert habe. Es wurde außerdem behauptet, daß das Hakenkreuz noch von den uralten Litauern benutzt worden sei. Hier wird Juozas Zeringis, Mitglied der Union der politischen Häftlinge und Deportierten, zitiert: "Obwohl ich schon pensioniert und Invalide bin, wäre ich für eine solche Organisation. Sie wäre wie ein Sanitäter der Nation. Welche Ordnung haben wir jetzt?"⁴

Eine andere Meinung vertrat A. Ivaškevičius, Mitglied des Seimas und Vertreter der DAPL-Fraktion. Er behauptete, die "Union der nationalen Unabhängigkeit" sei eine antistaatliche und profaschistische Organisation. Sie sei inmitten einer militärischen Struktur gegründet worden und deshalb ein größerer Risikofaktor, denn denjenigen, die eine Waffe besäßen, falle es leichter, ihren Willen und ihre Meinung mit physischer Gewalt durchzusetzen.⁵ Auf die Frage, ob er noch weitere nationalistische oder profaschistische Organisationen kenne, antwortete das Seimas-Mitglied bejahend und behauptete: "Durch den FLSD entstehen ernste Probleme. Diese Struktur ist zu sehr an der totalen Mobilisierung orientiert, und sie hat nichts zu tun."⁶

1 Ebenda.

2 Diena, 5.6.1995.

3 L. Peleckis-Kaktavičius, in: Lietuvos aidas, 15.6.1995.

4 Ebenda.

5 L. Zimkiene, in: Šiauliu naujienos, 24.6.1995.

6 Ebenda.

Die Ursachen für die Unzufriedenheit der Freiwilligen sind darin zu suchen, daß es ihnen an Aufmerksamkeit, an Finanzierung und an "echten Aktivitäten" bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung fehlt.¹ Von den 7.000 Mitgliedern der Šauliai-Union (LŠU) sind etwa 1.000-2.000 politisch tätig.

Die LŠU wurde 1919 als eine paramilitärische, unpolitische Organisation gegründet. Nach dem Staatsstreich 1926 wurde sie zur Stärkung des nationalistischen Regimes benutzt. 1989 wurde sie wiederbelebt. In der Satzung der Organisation werden die Fortsetzung ihrer Aktivitäten aus der Vorkriegszeit, ihr Freiwilligengeist und die Prinzipien der Demokratie hervorgehoben. Sie definiert sich als eine nichtpolitische und nichtparteiliche Organisation. In der Realität wurde sie in den vergangenen Jahren zu einer Organisation der rechtsradikalen Kräfte.

Auf der Konferenz der LŠU Ende 1992 wurde das Ergebnis der Seimas-Wahlen bedauert und die Tatsache bereut, daß die DAPL als Nachfolgerin der KP nicht verboten worden war. Es gab auch Anspielungen darauf, daß in der Stunde X "neue Helden auftauchen werden", daß "die Šauliai gute Fachleute für Sprengungen sind."²

Die Führung der Šauliai-Union blieb während der Präsidentenwahlkampagne nicht neutral. Nicht nur Šauliai, sondern "alle Menschen Litauens, denen die Zukunft des Vaterlandes teuer ist", wurden aufgefordert, für Stasys Lozoraitis ihre Stimme abzugeben.³

Eine der radikaleren Organisationen, die sich um die militärischen Strukturen kümmert, ist die "Union der Gründer der Armee Litauens" (UGAL). Sie wurde Anfang 1993 nach den Parlamentswahlen gegründet. Diese gesellschaftliche Organisation vereinigt etwa 2.000 Mitglieder - Militärs, Freiwillige, Šauliai und Zivile, Mitglieder rechter Parteien und ihre Anhänger. Auf der dritten Tagung der UGAL wurden die ersten Abzeichen und Ausweise der Union an V. Landsbergis, an die Teilnehmer der bewaffneten Untergrundbewegung der Nachkriegszeit, Partisanen und politische Häftlinge überreicht. Auf den UGAL-Versammlungen beklagt man, daß deren Resolutionen wegen ihres "strengen Inhalts" von den meisten Zeitungen abgelehnt werden.⁴

Litauische Politikwissenschaftler und Journalisten sind der Meinung, daß Freiwillige wie auch Šauliai unter bestimmten Umständen auf verfassungswidrige Weise eingesetzt werden könnten, um die Ziele rechtsradikaler Kräfte zu verwirklichen.⁵

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Meuterei von Freiwilligen im September 1993, als sich ein Teil des FLSD der Kaunaser Abteilung in die Wälder bei Kaunas zurückzog. Es war der bisher erste und einzige Fall, daß nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Litauens eine bewaffnete Einheit, die dem Minister für Verteidigung untergeordnet ist, demonstrativen Widerstand gegen die rechtmäßige Führung geleistet hat.

Die Aufständischen kamen Aufrufen und Befehlen nicht nach, aus dem Wald herauszukommen, sondern stellten ihrerseits Forderungen auf. Eine Erklärung begann mit folgenden Worten: "Wir, die

1 A. Žièkus, in: Lietuvos rytas, 27.7.1995.

2 Lietuvos rytas, 22.12.1992.

3 Lietuvos aidas, 16.1.1993.

4 A. Puetlis, in: Lietuvos aidas, 11.4.1995.

5 L. Šabajevaite, in: Gaires, Nr. 5, 1995, S. 20.

Freiwilligen, ... wurden verfolgt, erniedrigt, nachdem die Kommunisten an die Macht gekommen sind." Es folgten Klagen wegen der miserablen sozialen Lage sowie Beschuldigungen gegen die DAPL, den KGB und die Mafia, die die militärischen Strukturen ruinierten.

Die aufständischen Freiwilligen mußten jedoch an ihre Dienststelle zurückkehren, nachdem sie einige Wochen im Walde verbracht hatten und die erhoffte Unterstützung aus anderen Regionen Litauens ausgeblieben war. Noch vor der Rückkehr wurde ihnen von litauischen Politikern zugesichert, daß ihre sozialen Probleme und andere nichtpolitische Forderungen erfüllt würden. Nach diesem Vorfall wurden die aufständischen Freiwilligen weder nach dem Strafgesetzbuch noch nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch zur Verantwortung gezogen. Der Abteilungsleiter, Leutnant J. Maskvytis, und der Feldwebel V. Achalaja, die bereits zuvor Probleme mit der Justiz hatten - wegen Überschreitens von Vollmachten und widerrechtlichen Gebrauchs von Schußwaffen - wurden zu zwei Jahren Haft verurteilt.

Der Minister für Verteidigung, A. Butkevičius, sagte in einer Interviewserie für die Zeitung "Diena", daß die Aktion der Freiwilligen von Kräften, die gegen die damalige Staatsführung eingestellt gewesen sei, gut geplant und von der Hauptstadt aus koordiniert worden sei. Der Minister war der Meinung, diese Kräfte hätten geschickt die schmerzlichen Probleme in der Armee ausgenutzt: die wachsende Unzufriedenheit über die soziale Lage und die allgemeine Politisierung der Offiziere.

8. Schlußfolgerungen und Prognosen

Wenn man eine Antwort auf die Frage sucht, ob die Demokratie in Litauen durch rechtsextremistische und nationalistische Kräfte in Gefahr ist, dann müßte sie heute eher verneint werden. Zum Jahreswechsel 1992/1993 gab es wohl eine kritische Situation, als in Litauen eine postkommunistische Partei aus der Opposition an die Macht kam. Inzwischen macht sich eine nicht geringe Enttäuschung über die DAPL sowie über Seimas und Regierung breit. Die Presse kritisiert die gesamte politische Führung sehr heftig. Trotz alledem kann man feststellen, daß zwischen 1993 und 1995 der Kurs der Innen- und Außenpolitik, der 1990 bis 1992 eingeschlagen worden war, fortgeführt wurde. Die Orientierung in Richtung marktwirtschaftlicher Reformen sowie auf die Integration in die europäischen und transatlantischen Strukturen wurde aufrechterhalten.

Im Laufe der letzten Jahre gingen die Auseinandersetzungen zwischen den "Rechten" und "Linken", zwischen "Patrioten und Nationalisten" einerseits und "Kosmopoliten" sowie "Ost-Orientierten" deutlich zurück. Die politische Führung Litauens bemühte sich im Gegensatz zu der in den Jahren 1990 bis 1992 verfolgten Linie darum, die innenpolitischen Auseinandersetzungen zu vermindern bzw. im Rahmen europäischer Standards zu führen. Sie versuchte vor allem, die politische Trennung zwischen "Unseren" und "nicht Unseren", zwischen "Patrioten" und "Nicht-Patrioten" zu mildern.

Andererseits schaffen die schwierige ökonomische und soziale Lage sowie der gesunkene und nur wieder langsam wachsende Lebensstandard günstige Ausgangsbedingungen für den rechten wie den linken Extremismus. Die Demokratie kann sich nur in einer Gesellschaft fest verankern, in der ein Wohlstandsmínimum für den größten Teil der Bürger geschaffen wird und die zarten demokratischen Traditionen gepflegt werden. In Litauen sind diese Prozesse feststellbar, jedoch

vollziehen sie sich nicht besonders rasch.

Der rechte und der linke Radikalismus und Extremismus wird von der Nostalgie genährt. Der linke idealisiert die Zeit der Sowjetmacht, obwohl die Massenmedien die Periode der Okkupation Litauens besonders kritisch einschätzen, und der rechte besinnt sich des beschönigten autoritären Regimes von 1926 bis 1940, das die Presse sehr positiv bewertet. Den rechten und den linken Extremismus vereinigt die Sehnsucht nach einer "starken Hand". Dieses Bedürfnis wird durch das Ausmaß der Kriminalität und die mangelhafte Strafverfolgung meistens verstärkt.

Nach jüngeren soziologischen Umfragen sind 80 bis 85% der Bürger Litauens keinem Staat und keiner Nationalität gegenüber feindlich eingestellt. Allerdings gibt es in Teilen der Bevölkerung Vorbehalte gegenüber Polen, Russen und Juden, manchmal sogar offene Feindseligkeit. Die Tatsache jedoch, daß auch nach den Erschütterungen des 20. Jahrhunderts, von denen Litauen ganz schmerzlich berührt wurde, die absolute Mehrheit der Bevölkerung weder antirussische noch antipolnische Ressentiments pflegt, zeugt von der Reife des Staates und seiner Bürger. Auf den Straßen von Vilnius und anderen Städten wird der Passant gerne helfen, wenn man ihn nicht in der Amtssprache anspricht, beispielsweise in Russisch oder Polnisch (was in den anderen baltischen Staaten nicht selbstverständlich ist).

Diese weitverbreitete Einstellung spiegelt sich in der Presse, im Fernsehen und im Rundfunk zu wenig wider. In den Massenmedien herrschen nationale Apologetik und die Darstellung der Geschichte und der internationalen Beziehungen nach einem Schwarz-Weiß-Muster. Zu wenig wird hier das Beispiel der westeuropäischen Einigung vorgestellt, die Versöhnung von Völkern, die in der Vergangenheit Feinde waren.

Der Beitrag der litauischen Intellektuellen zur Überwindung des engstirnigen und aggressiven Nationalismus im europäischen Geist ist nur gering. Man braucht wohl noch Zeit, um das Syndrom des Genusses der "totalen Unabhängigkeit" zu besiegen und die Vilniuser Uhren besser mit denen Europas abzustimmen.

In Litauen ist der Gedanke noch nicht so populär, daß, bevor man Mitglied der Europäischen Union wird, die eigene Außen- und auch Innenpolitik an die Bestimmungen der EU angepaßt sowie die eigenen Gesetze geändert werden müssen. Es ist abzusehen, daß nicht nur die populistischen und nationalistischen Parteien auf dem rechten Flügel, sondern auch die linkspopulistischen Parteien eine euroskeptische Politik verfolgen werden.

Einen Einfluß auf mögliche Ausbrüche von rechtem nationalistischen Radikalismus werden die Ereignisse in Rußland und Weißrußland ausüben. Eine demokratische Entwicklung dort würde die Situation in Litauen stabilisieren und den Spielraum für jeglichen Extremismus einengen. Wenn jedoch in diesen Staaten reaktionäre, chauvinistische Kräfte an die Macht gelangen, die nach der Wiederherstellung des Imperiums streben, dann würde dies eine ganz andere Wirkung auf Litauen haben. Der rechte, nationalistische Extremismus würde erstarken. Die Positionen der Politiker und Parteien, die sich auf eine gemeinsame Politik mit Westeuropa und den USA orientieren und die Politik der Reformen in Rußland unterstützt haben, würden schwächer.

Der verhältnismäßig kleine liberale Teil der litauischen Emigration ermutigt die Gesellschaft

Litauens, ihren veralteten aggressiven Nationalismus zu überwinden. Diese Botschaft findet eine bestimmte Unterstützung, vor allem unter Jugendlichen und Studenten Litauens. Allerdings vertritt ein großer Teil der Emigranten aus nachvollziehbaren Gründen eine andere Linie und ermuntert die nationalistischen Kräfte.

Einen großen Einfluß auf die Eindämmung der radikalen Kräfte hatte bisher das Vorbild der demokratischen westlichen Staaten und wird ihn auch weiterhin haben - natürlich unter der Voraussetzung, daß dort der rechte Extremismus nicht an die Macht gelangt. Die Tatsache, daß Litauen gemeinsam mit den anderen baltischen Staaten Mitglied des Europarats wurde und den Status eines assoziierten Mitglieds der Europäischen Union erhielt, beeinflußt die innere Entwicklung des Landes sehr positiv. Es wäre sehr wichtig, wenn die Innen- und Sicherheitspolitik noch mehr mit Brüssel koordiniert würde. Eine gewisse Enttäuschung und ein nationalistischer Ausbruch ist zu erwarten, falls die von Politikern und den Massenmedien geweckten Hoffnungen auf eine baldige Aufnahme Litauens in die NATO nicht in Erfüllung gehen.

Im allgemeinen muß festgestellt werden, daß die Aufmerksamkeit des Westens für Tendenzen des rechten Extremismus in Litauen - und überhaupt in ganz Mittel- und Osteuropa - ungenügend ist.

Das Thema des Rechtsextremismus wird in Litauen nicht nur von den Massenmedien umgangen. Es fehlt auch eine entsprechende Literatur darüber. Im Bildungssystem wird keine gezielte Arbeit in dieser Richtung geleistet. Nach der Resolution des Europarats wurde in Litauen Anfang 1995 ein Nationalkomitee gegen Rassismus, Antisemitismus, Xenophobie und Intoleranz gegründet. An seiner Tätigkeit beteiligen sich formell 30 Jugendorganisationen. Von der Öffentlichkeit und von der Presse wurde die Gründung und die Tätigkeit des Komitees allerdings kaum beachtet.

Ende 1995 verfolgte man in Litauen sehr aufmerksam die politische Entwicklung im benachbarten Lettland. Der unerwartet große Erfolg der Siegerist-Partei, der Rechtsradikalen, wird ohne Zweifel populistische Kräfte ähnlicher Prägung bei den Parlamentswahlen im Oktober 1996 in Litauen ermutigen. Besorgnis entsteht im Zusammenhang mit der Möglichkeit der Vereinigung radikal rechter und linker Parteien bei der Regierungsbildung, was in Lettland gerade geschehen ist.

Eine der größten Gefahren für die Demokratie ist der schon erwähnte Wunsch nach einem "starken Mann", der die rechten und die linken Extremisten vereinigt. Angesehene Wirtschaftsfachleute betonen, daß eine junge, noch instabile Demokratie keinen positiven Einfluß auf die Wirtschaftsreformen ausübt. Sie unterstreichen jedoch gleichzeitig, daß die Rückkehr zur Diktatur die Lage nur noch verschlimmern würde: Die wirtschaftlichen Beziehungen zum Westen würden schwächer werden und, was am wichtigsten ist, die Sicherheit des Staates würde darunter leiden, weil ein Land mit autoritärem Regime keinen Anspruch auf die Aufnahme in die Strukturen des vereinten Europas hätte.

Vytautas Paulauskas

Manifestations of Right-Wing Extremism and Nationalism in Lithuania

Bericht des BIOst Nr. 21/1996

Summary

Introductory Remarks

The subject of this report is topical because in Lithuania, as in other countries undergoing reform and especially in those which have only recently gained their independence, societies have been radicalizing in some ways. Left-wing radicalism and extremism have been just as vehemently attacked in the mass media and in public opinion as has the former communist system. Nationalism and right-wing radicalism, even extremism, have often been portrayed as quite natural or even appropriate phenomena of the post-communist era.

The reluctance to perceive and to analyze the trends and roots of right-wing radicalism and aggressive nationalism in public life posed problems in the preparations for this study. The report is based primarily on press reports which are for the most part informative but not analytical.

The study presents rightist and radically right-wing parties and their characteristics in relation to selected topics. Particular attention is paid to the touchy period of the change of power in 1992/93 when, for the first time in a reforming state, a distinctly rightist party was supplanted by a leftist post-communist party. This was the first serious test of Lithuania's democracy.

Findings

- 1. The national renaissance that started in the Baltic states at the time of Gorbachev's perestroika was strongly orientated towards the restoration of the states which had been independent subjects in the period between the two world wars - and that not only de jure. The organisation of elections and the implementation of the principle of the division of powers and of human and minority rights followed the examples set by the advanced democracies. On the other hand, in view of the deteriorating social situation and the great efforts expended on the party-political wrangling common in democracies, the authoritarian regimes of the inter-war period came to be idealized in Lithuania, Latvia and Estonia.*
- 2. The most influential parties in Lithuania today are the Lithuanian Democratic Labour Party (LDLP), the Christian Democratic Party and the Homeland Union (Lithuania's conservatives). The "ideologists" among the conservatives would like to see a rapprochement between the Homeland Union and the Christian Democratic Party and advocate a two-party system in which their combined forces would form a counter-weight*

to the LDLP.

- 3. Although after long decades of national suppression the outbreak of national or nationalist feeling was inevitable, the extremist parties and groups that emerged following the restoration of the independence of the Lithuanian state have not posed any serious threat up to now. The change of power after the elections of autumn 1992 and the victory of the LDLP took place relatively quietly. The return of the post-communists came as a surprise, for since 1988 and especially since 1990 the mass media had, in their assessments of the past, been talking only about the crimes of the communist system, about the tortures and losses Lithuania had had to endure during the previous five decades.*
- 4. Following their unexpected defeat in the parliamentary elections, the "Sajudis" and the more radical smaller parties went into a state of shock. Among the more extreme groups in the right-wing spectrum opinions were voiced calling for "the events of 1926 to be repeated", i.e. for the post-communists to be removed from power by force.*
- 5. The "Party of Progress of the Nation", the "Lithuanian Freedom Union" and the nationalist party "Young Lithuania" can be counted among the pro-fascist groups. They are characterized by their negative attitude to the integration of Lithuania into the European Union and to the legalization of the sale of land to foreigners. These positions are also supported by some right-leaning parties (Nationalists, Democrats), by parties on the left side of the spectrum (Agrarian Party), and by some spokesmen of the Centre Union.*
- 6. The three right-wing-radical parties between them won about 7 % of votes in the elections to the Seimas and all were kept out of parliament by the 4 % hurdle. In the 1995 local elections they totalled 6 %. Other parties saw this result as a serious warning sign.*
- 7. Relations with the Jewish people are overshadowed by the tragedy that took place in Lithuania in the middle of the 20th century. There had been numerous Jewish communities in Lithuania since the middle ages, since the time of the Great Principality. However, historical treatment of this topic reveals a tendency to idealize the living conditions of the Jews in Lithuania somewhat by emphasizing that there had never been pogroms there. Until recently, this tendency was characteristic also as regards independent Lithuania in the period between the wars.*
- 8. The sparks of anti-semitism in Lithuania between the wars were re-kindled by the Soviet occupation and annexation of the country in 1940. The Lithuanian CP at that time counted a large number of Jews among its members. Many Jews collaborated in the organs of repression. However, there were only few Jews among the top-level leadership of annexed Lithuania. And among the Lithuanian citizens deported to Siberia the proportion of Jews was higher than that of other nationalities. Nevertheless, following Lithuania's occupation by Germany, Nazi propaganda and its local accomplices had little difficulty persuading some Lithuanians that "Jews" and "Communists" were the same and that both the one and the other had to be eradicated.*
- 9. Particular attention is paid here to how the insurrection of 1941, immediately preceding the*

German invasion, is assessed, because the debate about precisely these events demonstrates the lack of objectiveness in the portrayal of these the most painful episodes in Lithuania's history. These judgements are noteworthy not only as evidence of attitudes towards the tragedy of the Jews. They are also to be seen as roots from which right-wing radicalism takes its nourishment.

- 10. Immediately after the declaration of Lithuania's independence, the Supreme Council had, on 8th May 1990, passed a declaration of regret for the involvement of Lithuanians in the genocide and condemning the genocide that took place during the Second World War. Early February 1995 marked the first visit to Israel by a Lithuanian President. In his speech before the Israeli parliament, President Brazauskas apologized for the murder of Lithuanian Jews. This declaration was very well received both in Israel and internationally. However, there were some in Jerusalem who doubted whether this apology was understood and accepted in Lithuania itself. On the other hand, it is encouraging to see that the annihilation of the Jews is now being dealt with in Lithuanian school books for the first time.*
- 11. Relations with Russia, Poland and White Russia have been fully normalized. Treaties of good neighbourliness and cooperation have now been signed with all these countries, mutually recognizing their territorial integrity and the inviolability of their borders. Nevertheless, both political parties and social organisations not infrequently issue statements in which territorial pretensions are formulated in open or more or less veiled terms. Such declarations are endorsed or even enthusiastically welcomed by a "noisy minority".*
- 12. There are currently about 9,000 persons serving in the national defence structures of the Lithuanian Republic. The Volunteer National Guard, which comes under the Ministry of Defence, numbers 10,000 (including 2,000 regular officers and NCOs). The Sauliai Union has about 7,000 members. Since the inter-war period and again since the restoration of national independence, these structures have traditionally been under the influence of nationally-mined and rightist forces and parties. Some Lithuanian political scientists and journalists are of the opinion that volunteer forces and also the Sauliai could, under certain circumstances, be used in contravention of the constitution to implement the objectives of right-wing-radical forces.*
- 13. In the course of the last few years, the altercations between the "rightists" and the "leftists", between "patriots and nationalists" on the one hand and "cosmopolitans" and "Easterners" on the other have noticeably abated. By contrast with the line pursued in the years from 1990 to 1992, the political leadership in Lithuania has been endeavouring to mitigate domestic political controversy or at least to carry on the debate within the framework of European norms. It has been attempting above all to moderate the political distinction between "ours" and "not ours", between "patriots" and non-patriots".*
- 14. Possible outbreaks of right-wing nationalist radicalism are likely to be influenced by the course of events in Russia and White Russia. A democratic evolution in those countries would stabilize the situation in Lithuania and would narrow the leeway for extremism in*

any direction. On the other hand, if reactionary, chauvinist forces bent on the restoration of the Empire come to power there, this would have a completely different impact on Lithuania. Right-wing nationalist extremism would grow stronger. The positions of those politicians and parties that advocate common policies with Western Europe and the USA and that have been supporting the policy of reforms in Russia would be weakened.

- 15. Major influence on the containment of the radical forces has up to now accrued to the example set by the Western democratic nations and will continue to do so - always assuming, of course, that right-wing extremism does not come to power there. The fact that Lithuania together with the other Baltic states has been adopted as a member of the Council of Europe and has been granted the status of an associate partner of the European Union is having a very beneficial effect on developments within the country. It would be very important to co-ordinate domestic and security policy even more closely with Brussels. A certain disillusionment and a nationalist outburst are to be expected if the hopes aroused by politicians and the mass media of Lithuania soon being accepted into NATO should fail to be fulfilled.*